Nr. 146. Halle a. S., Mittwoch den 26. Juni 1907. 18. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 80 Pfg. vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 80 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleſaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Der Zusammenbruch.*)

II.

Der frühere Kolonialhandel entsprang hauptsächlich dem Bedürfnis nach Kolonialprodukten. Als die Portugiesen und Spanier, die Holländer und Engländer nach Ostindien gingen, geschah es zu dem Zwecke, die ostindischen Schätze, Gold und Silber, Diamanten, Perlen, Gewürze, feine Baumwollgewebe, Seidenstoffe, Färbemittel von dort zu holen.

Allmählich vollzog sich eine Umwälzung dieses Handelsverkehrs. In dem Maße, wie sich in Europa der Markt erweiterte — durch Erstarken der Städte und Entwicklung der kapitalistischen Produktion — trat neben dem gesteigerten Konsumtionsbedarf nach Kolonialprodukten nunmehr auch der Produktionsbedarf auf, die Nachfrage nach gewerblichen Roh- und Hilfsstoffen. Die Gewürze wurden im kolonialen Handelsverkehr durch Produkte eines größeren Massenverbrauchs verdrängt, durch Tabak, Kaffee, Tee, Zucker. Die koloniale Ausbeutung, die bis dahin eine bloße Ausplünderung war, verwandelte sich in Plantagenwirtschaft. Gleichzeitig aber entstanden gewaltige Siedelungskolonien, zu denen die kapitalistische Umwälzung der Produktionsweise den Anstoß gab. Durch die Proletarisierung der Massen in europäischen Staaten, namentlich England, aber auch Deutschland und den übrigen Ländern, floß ein kolossaler Auswandererstrom nach Nordamerika, und diese Auswanderung legte den Grund zu der größten kolonialen Entwicklung aller Zeiten.

Vordem bestand die europäische Auswanderung nach den Kolonien vornehmlich aus Abenteurern, die rasch reich werden wollten. Wo sie Plantagen errichteten, bereicherten sie sich durch die Ausbeutung der Sklavenarbeit. Sie gingen auch mit Vorliebe nach den Tropen und den subtropischen Gebieten, deren Klima zwar für den Europäer wenig verträglich ist, die aber die größte Ausbeute ermöglichten. Die proletarisierten Bauern, die nach Amerika gingen, suchten vor allen Dingen Grund und Boden, um ihre eigene Arbeitskraft produktiv verwerten zu können.

Sie wählten sich deshalb auch zur Ansiedlung diejenigen Gebiete, die ihren klimatischen und Bodenverhältnissen nach den europäischen am meisten entsprachen. Mit der Besiedlung Nordamerikas begann der amerikanische Getreidebau, der allmählich so gewaltige Exportüberschüsse für Europa lieferte. Zu gleicher Zeit blühte die Baumwollkultur in den südlichen Teilen der Union rasch empor. Nur kam freilich diese kolossale Entwicklung Amerikas nicht dem Mutterlande zu statten, da sich die amerikanischen Ansiedler bereits im 18. Jahrhundert ihre Unabhängigkeit erkämpft hatten.

Die kapitalistische Wandlung der europäischen Staaten und der veränderte Charakter der kolonialen Ausbeutung drücken sich deutlich aus in der Zusammensetzung der Wareneinfuhr. So zeigte die Wareneinfuhr des Deutschen Reiches im Jahre 1905 nach ihren Hauptgruppen folgende Zahlen:

Nahrungs- und Genußmittel, Vieh	2513 Mill. Mark
Rohstoffe für Industriezwecke	3516 „ „
Fabrikate	1440 „ „

Die Nahrungs- und Genußmittel, in erster Linie das Brotgetreide, spielen also im Warenbezug Deutschlands eine gewaltige Rolle. Sie machen allein 30 Prozent seiner Wareneinfuhr aus. Und gerade diese Wareneinfuhr sucht man nicht nach Möglichkeit zu erleichtern, sondern nach Möglichkeit durch Schutzzölle und andere Einfuhrschikanen zu erschweren! Unter der Wareneinfuhr befanden sich ferner: Kaffee 170 Mill. Mk., Tabakblätter 122 Millionen Mk., Kakaobohnen 33 Millionen Mk. Auch diese Produkte sind mit einem hohen Zoll belegt, der 1905 beim Kakao 81 Prozent, beim Kaffee 42 Prozent und beim Tabak zirka 50 Prozent des Wertes der Einfuhr betrug. Bekanntlich haben diese Produkte in den Kolonialflugblättern während der letzten Wahl eine große Rolle gespielt. Mit Recht sagt Parvus:

„Wenn nun diese überseeischen Erzeugnisse für Deutschland nach Ansicht der Regierung wichtig genug sind, um die Kolonialpolitik mit ihren Kolonialkriegen und ihren Marineausgaben zu rechtfertigen — weshalb hindert man ihre Zufuhr durch Zölle und weshalb verteuert man sie? Man braucht Schutzzölle, um die Marineausgaben zu bezahlen; die Marineausgaben, um die Kolonien zu stützen; die Kolonien, um — jenen Kakao zu liefern, den man billig und einfach haben könnte, wenn man die Schutzzölle nicht hätte!

Man nimmt dem deutschen Arbeiter das Brot und das Fleisch vom Munde, um ihm auf dem Präsentierteller etliche Kakaobohnen aus Ostafrika zu überreichen, die er mit Goldesgewicht bezahlen muß, wenn er sie genießen will."

An der Rohstoffeinfuhr nehmen teil die rohe Baumwolle mit 898 Millionen Mk., Baumwollgarn mit 65 Millionen Mk., Jute mit 48 Millionen Mk., Schafwolle mit 327 Millionen Mk. Wurde während der Wahl gesagt, unsere Kolonien sollten uns im Baumwoll- und Wollbezug möglichst unabhängig vom Auslande machen, so ist geradezu ausgeschlossen, daß Togo oder Ostafrika so gut und so billig die Baumwolle produzieren könnte wie Amerika, Indien oder Aegypten. Sind doch die Baumwollpreise seit den 70er Jahren im Preise beständig herabgegangen und zwar in einem Maße, daß zeitweilig sogar die Baumwollspinnereien und Webereien, die doch an den billigen Rohstoffpreisen interessiert sind, dies Herabgehen des Preises als eine Störung der Produktion empfanden, da ihre Fabrikate durch jede neue Baumwollzufuhr entwertet wurden.

Ebensowenig wie an billigerem Baumwollbezug aus unseren Kolonien zu denken ist, ist auch zu erwarten, daß Südwestafrika die Wolle billiger liefern könne, als die konkurrierenden Auslandsstaaten. Zwar gehört Südwestafrika zu den Wollieferanten Europas, aber es ist längst von Australien überflügelt worden. Auch ist, wie schon bemerkt, der Wollepreis ganz erheblich herabgegangen. Schließlich bemerkt Parvus durchaus zutreffend:

Die billige Produktion von Rohstoffen kann ebensowenig Ziel der modernen Kolonialpolitik der europäischen Staaten sein, wie die billige Produktion von Nahrungsmitteln, denn es fehlen dazu die tatsächlichen Voraussetzungen. Und wenn es Deutschland wirklich gelingen sollte, eine erhebliche Baumwollkultur in Afrika zu entwickeln, so wird die erste Folge davon sein, vorausgesetzt, daß nicht eine grundsätzliche Aenderung der Handelspolitik des Reiches eintritt, die Belegung der außerkolonialen Baumwolle mit einem Einfuhrzoll. Wie man die Lebensmittel durch den Zoll verteuert und wie man das Baumwollgarn, trotzdem es dem Produktionsbedarf der Webereien dient, mit einem Zoll belegt hat, so wird man auch sehr zum Schaden der deutschen Textilindustrie einen Zoll für rohe Baumwolle einführen, um die koloniale Baumwollkultur zu fördern. Schutzzölle und Kolonialpolitik gehen jetzt Hand in Hand, so daß man die Kolonialpolitik Europas nur noch voll begreift, wenn man sie in Verbindung setzt mit seiner Schutzzollpolitik.

Wie recht Genosse Parvus mit dieser Auffassung hat, beweist ja eine Petition der Posener Landwirtschaftskammer, die ausdrücklich dagegen protestiert, daß eine „kapitalistische" Kolonialpolitik getrieben werde. Der Landwirtschaft könne nur eine „agrarische" Kolonialpolitik unterstützen, d. h. eine Kolonialpolitik, die nicht die Industrie und die Industriearbeiter fördert, sondern in erster Linie unseren Kolonialagrariern nützt. Nicht die Verbilligung der Lebensmittel und der Rohstoffe wird durch diese Kolonialpolitik bezweckt, sondern lediglich die Bereicherung kleiner Schichten von Kolonialinteressenten: der Plantagenbesitzer, der südwestafrikanischen Farmer, der Kolonialexporteure und jener Börsenkreise, für die die kolonialen Eisenbahnbauten, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, das denkbar profitabelste Geschäft darstellen.

So wenig aber die Kolonien als billige Bezugsquellen für Nahrungsmittel und Rohstoffe in Frage kommen können, so wenig spielen sie für den auswärtigen Handel Deutschlands eine Rolle. Der auswärtige Handel Deutschlands verteilte sich 1905 nach den einzelnen Erdteilen folgendermaßen:

	Einfuhr nach Deutschland	Ausfuhr aus Deutschland
	(in Millionen Mark)	
Europa	4633	4380
Nordamerika	1014	565
Südamerika (a. Zentralamer.)	833	392
Asien	508	317
Australien	164	53
Afrika	228	123
Zusammen	7840	5830

Diese Gestaltung der Handelsbeziehungen beweist, daß heute ein Gegensatz zwischen dem Industrieland und dem industriellen Absatzgebiet nicht mehr existiert. Das wichtigste Absatzgebiet für die Industrie sind gerade die Industrieländer. Gehen doch 21 Prozent der deutschen Warenausfuhr nach England, 9 nach den Vereinigten Staaten, nach Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz zusammen weitere 23 Prozent.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Sie konnten aber erst zum Bewußtsein kommen, nachdem neben England sich noch andere Industriestaaten entwickelt hatten. Denn bis dahin war das tatsächliche Verhältnis auf dem Weltmarkt ein anderes. England bezog seine Rohstoffe aus den Kolonien, die Nahrungsmittel vom europäischen Festland und benutzte dieses als Absatzgebiet für seine Fabrikate. Diese Sonderstellung Englands wurde aber nur bedingt durch die geringe Entwicklung der Industrie und des Weltmarktes und die Rückständigkeit der sozialen Entwicklung Europas. Das 19. Jahrhundert hat mit diesen Bedingungen der industriellen Vorherrschaft Englands gründlich aufgeräumt. Es hat die maschinelle Technik auf wissenschaftliche Grundlagen gestellt und sie dadurch zum Gemeingut aller Nationen gemacht; es hat in Europa und Amerika die kapitalistische Aera sich etabliert ... Die Weltmarktsentwicklung hat nicht nur die technischen und sozialen Bedingungen der Produktion in Europa, Amerika und zum Teil in Asien ausgeglichen, sondern sie hat, wie die Zahlen der Handelsstatistik zeigen, die Industrien aller Länder in die tiefsten und umfassendsten Zusammenhänge und Wechselwirkungen untereinander gebracht. Es kann als Grundsatz hingestellt werden: die Entwicklung eines Industrielandes hängt vor allem von der Entwicklung seines Handelsverkehrs mit den anderen Industriestaaten ab.

Die Weltmarktsentwicklung drängt zu einem immer größeren Zusammenschluß der Industrieländer, die Weltmarktsentwicklung schafft eine Weltproduktion, die nach der ihr entsprechenden politischen Form ringt. Die Handelspolitik der kapitalistischen Regierungen ist aus dieser Produktionsentwicklung nicht zu erklären, sondern nur als Gegensatz zu ihr zu begreifen.

Wir stoßen hier auf den Kampf der kapitalistischen Produktionsentwicklung gegen die geschichtlich übernommene Staatengliederung. Dieser Kampf hat seine große Geschichte hinter sich. Er war es, der die feudalen Schranken aufgehoben und den zentralisierten Staat gebildet hatte. Er schuf später den nationalen Staat. Die Kapitalistenklasse war der revolutionäre Träger dieser Entwicklung. Nunmehr stößt die Produktionsentwicklung mit dem erreichten Grade der Entwicklung des Weltmarktes wieder auf politische Schranken aber die Kapitalistenklasse fördert nicht mehr diese Entwicklung sondern sie wirft sich ihr entgegen. Denn um diese Zeit hat die kapitalistische Entwicklung bereits eine Stadie erreicht, an der die kapitalistische Eigentumsform sich in einen permanenten Gegensatz zur Produktionsentwicklung befindet. Der Träger der neuen Entwicklung kann nur noch das Proletariat sein.

*) Siehe Leitartikel in Nr. 143.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 25. Juni 1907.

Wie ausländische Staatsmänner denken.

Aus dem Haag wird dem Berl. Tageblatt telegraphiert:

Die hier weilenden fremdländischen Diplomaten fragen einigermaßen überrascht nach dem Sinn und der Bedeutung der Berliner Krisis. Keiner versteht dieses Gemisch von angeblicher Paarungspolitik und persönlicher Rankünе. Posadowsky erschien auch nach außen hin als der einzige unserer Staatslenker, der etwas Positives geleistet hat. Er war der einzige, der unserer heutigen Regierung noch ein wenig Glanz verlieh.

Die Diplomaten, die unsere „Ministerkrisen" nicht verstehen können, legen offenbar einen falschen Maßstab an. Sie denken an Vorgänge in London, Paris, Brüssel, Rom und Wien, wo eine Veränderung der Parteikonstellation im Parlamente auch zu entsprechenden Personalveränderungen an den leitenden Stellen führt. Hätten sie an den Yildiz Kiosk in Konstantinopel gedacht, wäre ihnen die „Berliner Krisis" viel leichter klar geworden.

Interessant ist auch die Beurteilung des Grafen Posadowsky. Wir nannten ihn gestern den letzten Gegner innerhalb der Regierung, den wir noch achten konnten. Aehnlich scheinen auch die fremdländischen Diplomaten zu empfinden. Wenn Fürst Bülow diese Anmerkung als einen neuen Beweis für die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie brauchen zu können glaubt, so sei sie ihm zu diesem Zweck für seine nächste Reichstagsrede gestiftet.

Er kennt seine Pappenheimer.

Eine gründliche Aenderung des Wahlrechts zum preußischen Landtage fordert der bekannte Göttinger Nationalökonom Professor Gustav Cohn. In einem Artikel im Tag weist er darauf hin, daß für den preußischen Staatshaushalt das glückliche Zeitalter zu Ende gehe, in dem er ohne neue Steuern und neue Schulden seine wachsenden Bedürfnisse bestreiten konnte. Hätte Preußen nicht den „Glücksgewinn" seiner Eisenbahnen, so müßten die Einkommensteuern heute schon doppelt so hoch sein, als sie in Wirklichkeit sind. Trotzdem werde sich eine Erhöhung der Staatseinnahmen durch Eröffnung neuer Steuerquellen auf die Dauer nicht umgehen lassen. Wenn im nächsten Winter die ganze Frage der Gehaltsaufbesserungen vor den Landtag gebracht werde, würde die Herbeischaffung von neuen 100 Millionen jährlich notwendig sein. Hunderte von Millionen sind zu neuen Aufwendungen für die Behörden, Schulen, Universitäten usw. notwendig. Diese Bedürfnisse können weder durch Schuldenwirtschaft noch durch weitere Verteuerungen des Eisenbahnverkehrs gedeckt werden, also bleibe nur ein weiterer Ausbau der Einkommen- und Vermögenssteuer übrig. Sollen dabei nicht die schwächeren Schultern belastet werden, so müsse die Progression dieser Steuern schärfer gestaltet werden. Wie aber sieht es mit der Bereitwilligkeit des Landtages aus, eine solche Erhöhung der Steuern zu bewilligen? Prof. Cohn antwortet auf diese Frage:

Welche Aussicht ist wohl vorhanden, um von diesem Abgeordnetenhause, von diesem Herrenhause obenein, die Zustimmung zu erlangen? ...

Es ist mir sehr zweifelhaft, ob unsere besitzenden Klassen reif dafür sind, neue Steuern zu bewilligen, die sie ausschließlich tragen sollen ... Daher ist das Wahlrecht des preußischen Abgeordnetenhauses — auch unter diesem Gesichtspunkte — ein so unbrauchbares. Es ist das gerade Gegenteil von dem, was man für unseren Zweck braucht. Von dem Herrenhaus gar nicht zu reden. Dieses wird (wie bei dem Gesetzentwurf von 1890—91) den besonderen Beruf empfinden, einer weitergehenden Belastung des großen Vermögens zu widerstehen. So könnte die preußische Staatsregierung von diesem Ende her zu demselben Schlusse gelangen, der von so ganz anderen Enden längst erstrebt wird — Reform des Landtagswahlrechts, und zwar zu dem Zwecke, eine viel stärkere Vertretung der besitzlosen oder kleinbesitzlichen Klassen in das Abgeordnetenhaus zuführen.

So fordert ein bedeutender Vertreter der Finanzwissenschaft die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts als Mittel gegen die vaterlandslose Knauserei der besitzenden Klassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0001

Eine galvanisierte Leiche.

In der gestrigen Nummer berichteten wir über die Generalversammlung, die der neue Nationalverein in Heidelberg abgehalten hat. Für die jüngeren Leser mag daran erinnert sein, daß bereits im Jahre 1859 ein deutscher Nationalverein gegründet worden war. Er verschwand aber acht Jahre darauf als ein Besiegter vom Schauplatz der Geschichte. Seit dem Verfassungskonflikt hatte er im Kriege mit Preußen gelegen. „Wenn diejenigen," so hatte er im Jahre 1863 erklärt, „die jetzt an der Spitze des preußischen Staates vom eigenen Volke verurteilt, am Ruin der preußischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen." Als sich dann die Tatsachen stärker erwiesen als die liberalen Resolutionen, und als der revolutionäre Preußenstaat mit dem Schwert in der Hand und in der Verkleidung des allgemeinen Reichstagswahlrechts sich die Herrschaft über den Süden erkämpft hatte, fand der deutsche Nationalverein nichts mehr zu tun übrig und löste sich auf.

Die Begründung des neuen „Nationalvereins", die sich am letzten Sonntag in Heidelberg mit großem Hallo vollzog, nimmt sich aus wie der Einfall eines Geschichtsprofessors. Und doch liegt in diesem kleinen Ereignis ein Zug von freilich ungewollter, großer Ironie: ein politischer Satiriker hätte das deutsche Bürgertum nicht besser charakterisieren können als durch diesen Nationalverein, der nach vierzig Jahren wieder zum Leben erwacht und nun wieder seine Arbeit dort aufnehmen will, wo er sie anno 1867 liegen ließ. Für das deutsche Bürgertum sind das vierzig verschlafene Jahre — eine Zeit, in der die Bourgeoisien aller westeuropäischen Länder zu herrschenden Stellungen sich emporgeschwungen haben. Nach diesen verschlafenen vierzig Jahren verkündet der Pfarrer Korell die „Parlamentarisierung der Regierungsformen" unter „endlosem Beifall" als allerneuestes Programm.

Wenn nur der neue Nationalverein aus den Fehlern des alten etwas gelernt hätte? Die Männer des alten Nationalvereins beugten ihr Knie vor dem Sieger, trochen zum Teil in warme Stellungen unter und bewilligten der Regierung Bismarcks alle ihre militärischen und sonstigen Forderungen. Damit hörte der alte Nationalverein auf. Wie fängt aber der neue an? Er erteilt der Sozialdemokratie weise Lehren, daß sie sich „nicht in eine aussichtslose Opposition verrennen" solle. So wenigstens Herr Prof. Gotheim-Heidelberg (den man nicht mit dem gescheiteren Vergrat und Abgeordneten gleichen Namens verwechseln darf). Alle Redner schwören, daß man die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Konservativen bekämpfen müsse. Nun gibt es in Deutschland keine Partei, die für die große Forderung des neuen Nationalvereins die Parlamentarisierung der Regierungsfrommen bestimmter zu haben ist als die Sozialdemokratie. Der neue Nationalverein, der nach den Versicherungen Prof. Günthers-München ja „den Willen zur Macht" hat, fühlt sich heute schon mächtig genug, sich „gegen das zu erheben, was man das persönliche Regiment nennt," (Korell) und für die Parlamentarisierung der Regierungsformen einzutreten, zugleich aber auch mit seinen vier oder fünf Dutzend Mitgliedern eine Dreimillionenpartei zu bekämpfen, die sonst zur Unterstützung zwar, bewahre nicht des neuen Nationalvereins aber doch seines angeblichen Programms bereit wäre. Und um dieses Kunststück zu vollbringen, braucht er sich gar nicht in eine „aussichtslose Opposition zu verrennen." Er macht das alles ja viel einfacher, nämlich mit Hilfe der — nationalliberalen Partei.

Ja, der neue Nationalverein tritt für die „Einigung des Gesamtliberalismus" ein. Zu der Zeit, da Barth vor Entsetzen über die Erfolge seiner liberalen Einigungspolitik nach Amerika flüchtete, schwärmt man in Heidelberg für den Zusammenschluß des Freisinns und der Volksparteiler mit der „größten liberalen Partei". Ja selbst dem „Großblock", der konservativ-liberalen Paarung, wünscht man, wenn auch nur eine „vorübergehende", so doch eine „erfolgreiche Existenz".

Der „Nationalverein" hat sich bisher nur in Süddeutschland Freunde zu erwerben gewußt. Die Freisinnigen und Nationalliberalen Preußens hielten sich von ihm mißtrauisch ferne, wohl weil sie fürchteten, in eine zu radikale Gesellschaft zu geraten. Der erste Tag des neuen „Nationalvereins" hat diese Befürchtungen zerstreut, und nun ist zu hoffen, daß Herr Friedberg den Ehrenvorsitz übernimmt und die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses in corpore beitritt.

Von den vollendetsten Rechtsgarantien.

Der nun gewesene Staatssekretär Graf Posadowsky war es, der im Reichstage erklärte, Deutschland sei das Land mit den vollendetsten Rechtsgarantien. Er vermochte sogar ernst zu bleiben, als er das sagte. Einen neuen Beweis dafür, wie diese vollendetsten Rechtsgarantien aussehen, hat Nürnberg erbracht. Der dortige Magistrat hatte eine ortspolizeiliche Vorschrift erlassen, durch die auf Wunsch der Bauunternehmer das Streikpostenstehen verboten wurde. Diese Verordnung wurde vom obersten Landgericht zu Nürnberg für ungültig erklärt.

Gestützt auf diese Entscheidung haben die Maurer Schmidt und Bürger in Nürnberg, die wegen Uebertretung jener Verordnung bestraft worden waren, den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, weil in der oberstrichterlichen Entscheidung eine neue Tatsache liege, die geeignet sei, die sofortige Freisprechung zu begründen. Man sollte denken, es wäre selbstverständlich, daß niemand auf Grund einer ungültigen Verordnung bestraft werden kann und daß eine trotzdem ergangene Bestrafung schleunigst wieder aufgehoben werde. — Weit gefehlt! Der Antrag des Verteidigers auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde verworfen und die Verwerfung nunmehr vom Landgericht Nürnberg bestätigt. Es besteht also die unfaßliche Tatsache, daß Staatsbürger verurteilt bleiben, obwohl feststeht, daß ihre Bestrafung zu Unrecht erfolgt ist, da nicht einmal eine gültige Strafbestimmung vorliegt. — Wenn das keine Rechtsverweigerung ist, dann gibt es überhaupt eine solche nicht.

Zwei glückliche Tage des Freisinns. Als Herr Studt seinen Posten in Münster verließ, um als Kultusminister nach Berlin zu gehen, im September 1899, schrieb die freisinnige Weserzeitung hochbeglückt und ganz verzückt: „Ueber die Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der Herr Studt den Pflichten eines obersten Provinzialbeamten nachgekommen ist, herrscht nur eine Stimme der Anerkennung. In der Stadt Münster ist Herr Studt besonders beliebt, weil er durch seine Teilnahme an mancherlei patriotischen und gemeinnützigen Veranstaltungen der Bürgerschaft häufig Gelegenheit gegeben hat, sein liebenswürdiges gewinnendes Wesen kennen zu lernen. Täglich kann man, namentlich in den Promenaden, Zeuge sein, wie Alt und Jung, Vornehm und Gering ehrerbietig grüßt, wenn sich die hohe imponierende Gestalt mit dem schönen charakteristischen Greisenkopf blicken läßt."

So jubelte der Freisinn, als Studt kam. Jetzt jubelt er, weil er geht, und mit klopfendem Herzchen zählt er an den Blättern der Orakelbäume ab, ob die Ernennung der Exzellenz Holle zum Kultusminister nicht am Ende doch als „Zugeständnis an den Liberalismus" aufgefaßt werden dürfte. Zwei glückliche Tage! Kinder sind ja so leicht glücklich zu machen!

Der prophetische Bülow. Der Herausgeber der demokratischen Reynolds News Papers, W. M. Thompson, der an dem Besuche der englischen Journalisten teilgenommen hat, veröffentlicht jetzt in seinem Blatte ein Gespräch mit dem Fürsten Bülow, wonach der Reichskanzler ihm die Versicherung gegeben haben soll, daß nach seiner Ueberzeugung der Demokratie die Zukunft gehöre. — Das ist schon richtig, auch wenn's Bülow nicht gesagt hätte. Notabene: Nicht der bürgerlichen sondern der sozialistischen Demokratie gehört die Zukunft. Und je länger Bülow in bisheriger Weise fortwurstelt, desto eher kommt diese Zukunft heran.

An der Berliner Börse zirkulierte gestern das Gerücht, der gestürzte Staatssekretär Graf Posadowsky werde in die Verwaltung eines ersten Bankinstituts eintreten. — Die Meldung ist wenig glaubhaft.

Eine Mannestat hat der Vorstand des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands vollbracht. Er hat den Grafen Posadowsky zum Ehrenmitglied ernannt.

Die Krankenversicherung soll obligatorisch ausgedehnt werden auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Die Frage ist zurzeit Gegenstand der Beratung in den Reichs- und preußischen Behörden. Die Frage dürfte voraussichtlich so geregelt werden, daß durch ein Reichsgesetz die Versicherungspflicht der ländlichen Arbeiter zur Einführung gelangt, die Durchführung derselben aber den Bundesstaaten durch Landesgesetz überlassen wird.

Selbstmord durch Erschießen verübte auf dem Militärschießstand zu Metz der Leutnant Böhmer vom 8. bayrischen Inf.-Reg. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Ausland.

Frankreich. Nach der Schlacht. Den offiziellen Berichten nach ist im Süden die Ruhe in den letzten zwei Tagen nicht mehr gestört worden. Die ganze Provinz ist mit Militär überschwemmt, das aus andern Gegenden Frankreichs herbeigezogen worden ist. Marcellin Albert, der „Erlöser" des Südens, ist am Sonntag bei Clemenceau gewesen und hat mit ihm eine lange Unterredung gehabt. Albert war bekanntlich aus Argelliers verschwunden, als die Regierung mit Gewalt gegen die Bewegung vorging, an sein Verschwinden knüpften sich allerlei Legenden, und jetzt stellt sich heraus, daß Albert schon mehrere Tage in Paris war. Er ist auch nach der Besprechung mit Clemenceau in Paris vollkommen unbehelligt geblieben. Obgleich er sich über seine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten in mystisches Schweigen hüllt, scheint doch so viel sicher, daß Albert versprochen hat, nach seiner Heimat zurückzukehren, um beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken, und da drängt sich doch die Frage auf, ob die Regierung nicht selbst den Schritt des Entgegenkommens hätte tun sollen. Von einer preußisch-deutschen Junker-Regierung dürfte man natürlich nie erwarten, daß sie einer Volksbewegung anders als feindlich gegenüber tritt. Sie sieht ja in jeder, auch der leisesten Opposition gegen die Regierungsweisheit eine Revolte, die unter allen Umständen niederzuknüppeln ist. Andere Ansprüche aber sollte man an eine „radikal-demokratische" Regierung, wie die französische, stellen dürfen. Es waren Hunderttausende, eine ganze Provinz, die sich erhoben hatte, um durchaus friedlich gegen die Regierung zu demonstrieren. Ohne, daß starke Veranlassung zur Unzufriedenheit vorhanden ist, bringt kein Hetzer und Wühler und auch kein „Prophet", wie Marcellin Albert, solche Massen auf die Beine. Gleichgültig, ob die Forderungen der Winzer berechtigt sind oder nicht, ob sie durchführbar sind, ob sie den gewünschten Zweck erfüllen oder nicht, hätte sie die Führer der Bewegung nach Paris berufen sollen, um die Wünsche der Weinbauern entgegenzunehmen, mit ihnen zu unterhandeln und ihnen positive Zusagen zu machen. Statt dessen hat man die Massen brüskiert, indem man ihre Führer verhaftete und die Provinz mit Truppen besetzte. Zu allen diesen Maßnahmen war keinerlei gesetzlicher Grund vorhanden. Die Demonstrationen waren durchaus friedlich verlaufen; nirgends eine Gewalttätigkeit, nicht einmal eine Aufforderung hierzu. Im Gegenteil, das Komitee von Argelliers und der Bürgermeister Genosse Ferroul haben stets von der Begehung von Ungesetzlichkeiten abgeraten. Allerdings haben sie den passiven Widerstand proklamiert, die Amtsniederlegung der Gemeindebeamten und die Steuerverweigerung. War dies aber ein genügender Grund für die Repressiv-Maßnahmen der Regierung? Nachdem die Führer im Gefängnis oder geflohen waren und nachdem man durch die Mobilisation der Truppen die Bevölkerung beunruhigt und gereizt hatte, erst dann kam es zu den bedauerlichen Vorkommnissen. Auf die von unsern Genossen beantragte provisorische Haftentlassung Ferroults und der Komiteemitglieder erklärte die Regierung, nicht eingehen zu können, und doch wäre dies auch jetzt noch immer das beste Mittel, die Massen wieder zu versöhnen. Nur diese Männer haben die genügende Autorität, die aufgeregte Bevölkerung wieder zu beruhigen und sie zu leiten. Sollte es sich bestätigen, daß Albert im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten jetzt diese Mission übernimmt, so würde das sicherlich die beste Lösung sowohl für die Bevölkerung des Südens als auch für die Regierung bedeuten.

* * *

Die Confederation generale du Travail hat einen Appell an das französische Proletariat erlassen, der mit den Worten beginnt:

„Die Regierung schreitet von Verbrechen zu Verbrechen. Nach den Maßregelungen der Beamten, nach der Schande der polizeilichen Schikanen, nach den schamlosen Prozessen von Paris, Nantes, Saint Claude, — den Mord!"

Nachdem dann das Vorgehen der Regierung im Süden mit den schärfsten Worten kritisiert worden ist, heißt es zum Schlusse: „Bereiten wir uns also vor, unsern Protesten denjenigen Charakter zu geben, den die Umstände erfordern!"

* * *

Ueber die Revolte des 17. Infanterie-Regiments wird gemeldet, daß die Leute infolge der ihnen zuteil gewordenen Behandlung ihre Meuterei fortsetzten, wenn auch in geringerem Maße. Sie verlangten Urlaub über Sonntag, welcher ihnen verweigert wurde. Trotzdem verließen 300 Soldaten ohne Waffen die Kaserne und begaben sich zu ihren Familien. — Es stellt sich auch heraus, daß im 81. Infanterie-Regiment Meutereien vorgekommen sind.

Clemenceau hat gestern eine Deputation aus Nimes empfangen, die ihn bat, Dr. Ferroul und die Mitglieder des Komitees der Winzer aus dem Gefängnisse zu entlassen. Clemenceau antwortete, er sei geneigt, Milde walten zu lassen, wenn Dr. Ferroul und die Mitglieder des Komitees sich verpflichten würden, ihre Aemter wieder zu übernehmen und zu gesetzlichen Zuständen zurückzukehren.

England. Im Anschluß an die Rückkehr des Lordmayors und der englischen Stadtvertreter erklärt die Daily Graphic, die damit beendete Reihe interessanter Versuche einer anglo-deutschen Aussöhnung dürfte die erfreulichsten Resultate zeitigen, falls die Staatsmänner auf beiden Seiten jetzt das gute Werk fortsetzen. Wenn jetzt offizielle Schritte getan würden, um zu beweisen, daß die alte Fremdschaft wieder hergestellt sei, so würden sie sich zweifellos als äußerst populär erweisen. — Wenn! — —

Zum Kongreß im Haag.

Bereits seit zehn Tagen weilen die Delegierten für die „Friedenskonferenz" im Haag, ohne über unverbindliche Vorbesprechungen hinausgekommen zu sein, so daß Monate ins Land gehen werden, ehe die Konferenz wird geschlossen werden können. Schwerwiegende Fragen sind noch nicht zur Erörterung gelangt, nur der völlig unerwartete Antrag Deutschlands auf Errichtung eines Oberprisengerichtes ist von weiter gehender Bedeutung. Die Annahme des Vorschlages ist so gut wie gesichert.

Zur Revolution in Rußland.

Enthoben wurden der Kommandeur und sämtliche Offiziere des Sappeurbataillons, welches am 18. d. Mts. in Kiew meuterte. Im elften Sappeurbataillon zu Odessa ist gleichfalls eine Meuterei ausgebrochen. Kosaken stellten die „Ordnung" wieder her. Hierbei wurden Soldaten verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Geflohen ist aus dem Brestygefängnis in Petersburg der Sozialdemokrat Saltykow mit zwei bekannten Schriftstellern.

Das neue Wahlgesetz und die Arbeiter. Unter dem Drucke der Ereignisse der Oktober- und Novembertage 1905 sah sich die Regierung genötigt, im Wahlgesetze vom 24. Dez. den Arbeitern gewisse Rechte zuzusprechen. Trotzdem sie nach diesem Gesetze eine besondere, engbegrenzte Kurie bilden, trotzdem die „Senatserläuterungen" des vorigen Jahres das Wahlrecht der Arbeiter als Wohnungsmieter in der allgemeinen Kurie beseitigt haben, haben die Arbeiter dank Wahlbündnissen mit den Bauern es dennoch vermocht, mehr als 50 Sozialdemokraten durch alle Klippen des Wahlgesetzes hindurch zu bringen. Den Staatsstreichern war es deshalb bei der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes sehr viel daran gelegen, das Wahlrecht der revolutionärsten Klasse — des Proletariats — zu verstümmeln und zu beschneiden. Nach dem grundlegenden Prinzip des neu oktroyierten Wahlgesetzes ist die Ausübung des Wahlrechts den Arbeitern nicht genommen. Es wurde bloß die Zahl der Arbeiterwahlmänner in 47 Gouvernements von 237 auf 124, d. h. auf die Hälfte herabgesetzt. In einigen Gouvernements ist diese Verringerung noch schärfer ausgeprägt. So wählten die Arbeiter des Moskauer Gouvernements nach dem alten Gesetze 35 Wahlmänner, jetzt wählen sie 9 (!), des Petersburger Gouvernements, früher 24, jetzt 6, des Gouvernements Wladimir, früher 16, jetzt 6 usw. Hierzu kommt noch, daß bloß in sechs Gouvernements die Wahl von Arbeiterwahlmännern gesetzlich gesichert ist. Da jedoch die Majorität der Agrarier in den Gouvernements-Versammlungen jetzt sicher ist, so werden de facto nicht die Arbeiter ihre Abgeordneten wählen, sondern diese werden in diesen Gouvernements — je einer für jedes — von den Agrariern ernannt werden. An den in einigen Städten stattfindenden direkten Wahlen werden nur diejenigen Arbeiter teilnehmen, die im Besitze einer eigenen Wohnung sind. — Das sind in allgemeinen Umrissen die Einschränkungen, welche das neue Wahlgesetz den Arbeitern gebracht hat. Diese werden natürlich die minimalen Rechte, die ihnen geblieben, ausnutzen. Sie werden jedoch zu wiederholtem Male einsehen, was von „oben her" erwartet werden kann, und deshalb mit aller Energie, der sie fähig sind, daran gehen, ihre künftigen Errungenschaften durch Festigung ihrer politischen und ökonomischen Organisationen zu sichern.

Zur Statistik des Blutregimes. Es war vorauszusehen, daß die Funktionen der nunmehr abgeschafften Feldgerichte zu den gewöhnlichen Kriegsgerichten übergehen werden. Diese Erwartungen rechtfertigen sich jetzt: vom 14. Mai bis zum 14. Juni wurden zum Tode verurteilt 70 Personen, hingerichtet 19, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt" 3, zur Zwangsarbeit (auf die Dauer von 141 Jahren) „begnadigt" 9 Personen. Außerdem wurden verurteilt: zu lebenslänglicher Zwangsarbeit 17, zur Zwangsarbeit (auf die Dauer von 765 Jahren) 95, zur lebenslänglichen Verbannung nach Sibirien 28, zur Festungshaft 138 (206 Jahre), zur Disziplinarabteilung 12 (31 Jahre), zur Arrestantenabteilung 37 (75½ Jahre), zu Gefängnishaft 216 (18½ Jahre), zum Arrest 26 (6 Jahre). Im ganzen 569 Personen, die lebenslänglich oder auf bestimmte Zeitdauer der Freiheit beraubt sind. — Nicht inbegriffen sind die Tausende, ja Zehntausende, die in „Untersuchungs"haft schmachten sowie diejenigen, die — insbesondere jetzt — zu Tausenden „aus Verdachtsgründen" ins Gefängnis geworfen werden.

Parteinachrichten.

Publikationen des Internationalen sozialistischen Bureaus zu Brüssel für den Internationalen Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart.

Zum 1. Juli erscheint: **Die Sozialistische Arbeiter-Internationale**, Band 1. Er enthält Berichte der sozialistischen Organisationen der Vereinigten Staaten, Kanadas, Chiles, Boliviens, Argentiniens, Australiens, Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, Italiens, Spaniens, der Schweiz, Bulgariens, Hollands, Böhmens, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Serbiens usw. an den Internationalen Kongreß zu Stuttgart über ihre Tätigkeit seit dem Internationalen Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam. Vorrede von Emile Vandervelde.

Der 400—500 Seiten umfassende Band in französischer Sprache kostet 2.50 Frank.

Im Juli wird der zweite Band erscheinen. Er enthält Berichte der sozialistischen Organisationen Rußlands (Sozialdemokratie, Sozialisten-Revolutionäre, Jüdischer Bund, Lettische Sozialdemokratie, Georgische Sozialisten, Armenische Sozialdemokratie, Polnisch-sozialistische Partei, Sozialdemokratie Finnlands, Sozialdemokrat. Partei Polens und Litauens), Oestreich-Ungarns, Rumäniens, Japans usw. und einer Schlußbemerkung des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Preis des Bandes (500 Seiten) 2.50 Frank.

Zu Beginn des Monats August erscheint: Referate und Resolutionsentwürfe der nationalen Organisationen für den Internationalen sozialistischen Kongreß zu Stuttgart, betreffend Militarismus und die internationalen Konflikte, die Kolonialfrage, die Arbeiter-Aus- und Einwanderung, das Frauenwahlrecht, die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften. 250 Seiten in 3 Sprachen. Preis 2 Fr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0002

— **Genosse Anton Arens in Dortmund** ist vom Bezirksausschuß Arnsberg seines Amtes als Beisitzer des Gewerbegerichts enthoben worden, „weil er seit längerer Zeit Angestellter einer sozialdemokratischen Gewerkschaft ist." Er sei infolgedessen nicht als gewerblicher Arbeiter im Sinne des Titels VII der Gewerbeordnung anzusehen. Genosse Arens, von Beruf Bauhilfsarbeiter, ist seit einiger Zeit Angestellter des Bauhilfsarbeiter-Verbandes. Der Antrag auf Amtsenthebung war von der Stadt Dortmund gestellt.

Gewerkschaftliches.

Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiterverbandes im Jahre 1906.

Die Mitgliederzahl ist gegen 1905 von 130 141 auf 151 717 gestiegen. Für die folgenden Zahlen sind immer die Jahre 1904, 1905 und 1906 gemeint. Lohnbewegungen ohne Streiks wurden 468, 487, 599 mit 20 309, 20 836 und 33 972 Beteiligten geführt; 241, 278, 374 Angriffsstreiks mit 13 803, 16 074 und 19 207 Beteiligten; Abwehrstreiks 105, 144, 178 mit 2495, 3172 und 3831 Beteiligten. An 15, 38, 76 Aussperrungen waren 5165, 11 522 und 11 813 Holzarbeiter beteiligt.

Die Ausgaben für Streiks stiegen von 1 145 555 Mk. auf 1 176 066 und 1 658 804 Mk. Aus der Hauptkasse wurden davon 1 267 259 Mk., also 44 Prozent der Gesamtausgaben bezahlt. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 1906 57 Prozent der Reineinnahmen verwendet. Die Erfolge der gesamten Lohnbewegungen im Jahre 1906 sind: für 100 949 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1.68 Mk. pro Woche, für 72 617 Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2.7 Stunden pro Woche. An Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt 325 719 Mk. gegen 250 860 Mk. im Jahre 1905. Die Ausgabe für Reiseunterstützung stieg von 92 672 auf 110 070 Mk. im Jahre 1906; die Gemaßregeltenunterstützung von 30 801 auf 41 042 Mark, die Umzugsunterstützung von 24 712 auf 35 689 Mark. Am 1. Juni 1907 tritt die Krankenunterstützung in Kraft. Der Verband hatte ein an Kämpfen und Erfolgen reiches Jahr. Wie es scheint, werden die Unternehmer wohl noch etwas mit seiner „Zerschmetterung" zu tun haben.

Erfolgreiche Lohnbewegung. Zwischen dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer und den Mannheimer Reedereien, unter Führung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Mannheim-Ludwigshafen, ist nach zweitägigen Verhandlungen ein Lohntarif mit zweijähriger Geltungsdauer abgeschlossen worden. Hierdurch bleibt Mannheim von einem schweren Kampf verschont. Die hiesigen Filialhäuser auswärtiger Reedereien werden jedoch bestreikt. In Betracht kommen: Raab-Karcher, Stachelhaus, Stinnes und andere Speyerer Ziegelwerke. Von auswärtigen Firmen hat sich Sinner-Grünwinkel dem Vertrag angeschlossen. Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages sind: Für 2. Maschinisten 34 Mk., 3. Maschinisten (Oberheizer) 32 Mk., Heizer 28 Mk., Hafenmaschinisten, Boote bis zu 20 HP., 37 Mk., bis zu 25 HP 39 Mk., darüber 40 Mk. je pro Woche. Heizer auf Schleppbooten erhalten im Juni, Juli und August 2 Mk. Zulage, die bis zum Abgang als Kaution stehen bleibt.

Die Fahrzeit beträgt im Maximum 16 Stunden. Mindestnachtruhe 6 Stunden. Für Aufstechen und Klarmachen wird zwei Stunden gerechnet, jedoch nicht besonders bezahlt. Ueberstunden werden mit 60 Pfg. für Maschinisten und 50 Pfg. für Heizer bezahlt. Sonntagsüberstunden: Maschinisten 75 Pfg., Heizer 60 Pf. Fernet werden pro Vierteljahr drei freie Sonntage für Streckenboote garantiert. An den drei höchsten Festen je ein freier Tag für alle Boote. Hafenboote jeden Sonntag ein halber freier Tag. Streikarbeit seitens der Firmen und Maßregelungen sind verboten.

Erfolg der Steinarbeiter. Ohne Streik gelang es 200 Steinarbeitern in Blauberg in der Oberpfalz eine zehnprozentige Lohnerhöhung und einen Spezialtarif von der Bayrischen Granit-Aktiengesellschaft zu erreichen. Ein Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als die Firma lange Zeit sich hartnäckig sträubte.

Den Achtstundentag haben die Steinarbeiter Pirnas erkämpft. Außerdem gelang es, für die 130 Steinmetzen nach fünf Wochen langem Streik den Bezirkstarif von Dresden zu erhalten, wonach sie eine 12—13prozentige Lohnerhöhung erhalten werden. Interessant ist hierbei, daß der Unternehmer Schritt für Schritt an die 5-, 8-, 10- und endlich an die 13prozentige Lohnerhöhung heranging.

Die Droschkenkutscher von Straßburg sind in den allgemeinen Streik eingetreten, weil ihnen auf ihre wiederholt eingebrachten Wünsche nach anderweitiger Regelung des Droschkenkutschertarifs vom Bürgermeisteramt bis heute kein Bescheid zugegangen ist.

Ausland.

Belgien. Die Streiks von 1901 bis 1905. Das belgische Arbeitsamt hat soeben eine umfangreiche Statistik über die in Belgien stattgehabten Streiks in den letzten fünf Jahren veröffentlicht. Das Tabellenwerk veranschaulicht die gewerblichen Kämpfe nach Industriegruppen, den Ursachen, der Dauer, nach den Resultaten und nach den Methoden, die zur Anwendung gelangten, um dem Kampf ein Ende zu machen. In diesen fünf Jahren wurden in Belgien insgesamt 474 Streiks gezählt, an denen 149 987 Arbeiter, darunter 9276 Frauen beteiligt waren. Am stärksten war die Mineninduſtrie beteiligt, nämlich mit 102 Streiks und 92 616 Streikenden. Bei 261 Streiks bildete die Lohnfrage die Veranlassung, 22 wurden um die Verkürzung der Arbeitszeit und 62 für die Organisation der Arbeit geführt; bei 7 andern handelte es sich um Arbeitsordnungen, bei 9 um Strafen, bei 107 um das Personal und bei 6 werden verschiedene Ursachen aufgeführt. Die Zahl der an den Streiks beteiligten Betriebe betrug 1281. Von den gesamten Streiks endete die Mehrzahl zugunsten der Unternehmer, nämlich 325 mit 125 974 beteiligten. Arbeitern, während nur 83 mit 11 205 zu gunsten der Arbeiter ausliefen und 66 mit 12 808 Streikenden durch Verhandlungen ihr Ende erreichten. Nur zweimal machte ein Schiedsspruch dem Kampfe ein Ende und zwölfmal geschah dies durch ein Einigungsverfahren. Dagegen wurden in 77 Fällen die Streikenden von den Unternehmern dauernd ausgeschlossen. Was die Dauer des Streiks anlangt, so sind 61 aufgeführt, die über 30 Tage währten; 100 dauerten 6 bis 10 Tage, 159 2 bis 5 Tage, weniger als 2 Tage dauerten 77. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß das belgische Unternehmertum gegenüber den Arbeitern sich noch einer großen Machtvollkommenheit erfreut. Es gebricht der belgischen Gewerkschaftsbewegung noch sehr an jener Kraft, die nur den wohldisziplinierten Kadres einer straffen, zentralistischen Kampfesorganisation inne wohnen kann.

Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 24. Juni 1907, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Steckner.

Eingänge: Eine erneute Eingabe von Anliegern der Jakobstraße in Sachen der Straßenausbaukosten wird dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen. Die Petition der Saalbesitzer wegen Vermehrung der Tanzvergnügen und Beseitigung mehrerer Zwangsbestimmungen geht an den Petitions-Ausschuß. Ebendahin geht auch eine Petition einer Frau Reitel, die um Erlaß der Umsatzsteuer bittet. Gleichfalls dem Petitions-Ausschuß überwiesen wird eine Eingabe des Fleischermeisters Thyan betreffend Regulierung des Trottoirs in der Meterstraße und Ecke Alter Markt. Bekannt gegeben wurde, daß noch größere Vorlagen seitens des Magistrats eingegangen sind, die noch vor Beginn der Ferien erledigt werden müßten. So u. a. die Enteignung der Grundstücke an der Uferstraße, Mittelbewilligung zur Desinfektionsanstalt, Vorlage des Polizeigebäudes, der Feuerwache und Regelung der Terrainverhältnisse an Preßers Berg. Wenn die Dinge zur nächsten Sitzung noch erledigt werden sollten, müßte fleißig gearbeitet werden. — Entschuldigt ist u. a. Stadtv. Osterburg.

Ohne Diskussion wurden folgende Punkte erledigt: Nachbewilligt werden zum Haushaltsplan des Elektrizitätswerks für 1906 = 81 562 Mk. — Der Abänderung und Erweiterung des Schutzdaches über der Kohlenabladestelle im Elektrizitätswerk wird zugestimmt. Bewilligt werden dazu 2800 Mk. — Zur Erweiterung der vorhandenen und Aufstellung einer zweiten Akkumulatoren-Batterie im Elektrizitätswerk werden 179 000 Mark bewilligt. — Zum Anschluß der Nervenheilanstalt und des landwirtschaftlichen Instituts in der Julius Kühnstraße an das Elektrizitätswerk werden 21 000 Mk. bewilligt. — Zu Instandsetzungsarbeiten im Schlacht- und Viehhof werden 5850 Mark bewilligt. — Der ersten Kinderbewahranstalt wird eine Beihilfe von 1650 Mark gewährt. — An die Walderholungsstätte in der Heide werden 1000 Mk. bewilligt.

200 000 Mk. Sparkassen-Ueberschüsse sollten nach den gemachten Vorschlägen des Magistrats verwendet werden. Da der Referent Stadtv. Engelcke sich über die einzelnen Positionen — es sind deren 70 an der Zahl — nicht geäußert hatte, bemängelte Stadtv. Thiele das Referat mit dem Bemerken, wie könne man denn verlangen, über Posten zu beschließen, die man gar nicht kenne. Redner verlangt Aufklärung, denn 200 000 Mk. seien doch keine Kleinigkeit.

Erster Bürgermeister Dr. Rive: Ich kann dem Monitum des Herrn Thiele die Berechtigung nicht absprechen. Der erhobene Vorwurf richtet sich auch nicht gegen das Referat sondern gegen das System, und hierzu ist er berechtigt. Der viele Jahre gehandhabte Modus war verkehrt, und für das nächste Etatsjahr wird ein anderes Verfahren eingeschlagen. Gegenwärtig möge man sich aber mit der Geschäftshandhabung noch einmal begnügen.

Stadtv. Emmer: Es werden ja von den Geldern auch wohl Mittel für Badezwecke verwendet. Weshalb bringt man die Freibäder in den Vulnerweiden nicht in Schuß? Sollen auch nach dieser Richtung die Arbeiter darunter leiden, daß die Unternehmer ihre Leute nicht entsprechend bezahlen? Der Zimmermeister Eisenschmidt, der die Arbeit übernommen hat, verburgt sogar noch Leute; nur ein Bruchteil seiner Leute war am Streik beteiligt.

Stadtrat Grote: Wenn der Mann keine Leute hat, kann er die Arbeiten nicht ausführen lassen. (Zuruf: Sind denn keine Italiener da?)

Stadtv. Thiele: Leute sind genügend da. Wenn Herr Eisenschmidt seine Leute nicht derartig bezahlt, daß er welche bekommt, so muß man die Arbeiten eben einem andern Unternehmer geben. Mit dem Bescheid des Herrn Dr. Rive bezüglich Verwendung der 200 000 Mk. kann ich mich nicht begnügen. Ich beantrage die Aussetzung des Beschlusses und Vorlegung der verschiedenen Positionen, damit am nächsten Montag nach Kenntnisnahme darüber beschlossen werden kann.

Stadtv. Emmer dringt nochmals darauf, die Freibäder instand zu setzen. Oder wolle man vielleicht sagen, weil die Bauhandwerker streiken, dürft Ihr nicht baden? — Stadtrat Grote entgegnet, die Arbeit wäre schon im Frühjahr vergeben und könne man dem Unternehmer nicht die Arbeit so mir nichts dir nichts wegnehmen.

Der Referent Stadtv. Engelcke zählt nunmehr die Hauptpositionen auf, die in den 200 000 Mk. enthalten sind. So z. B. 5000 Mk. für Schreibmaterial für bedürftige Kinder, 5000 Mk. für warmes Frühstück ebenfalls für die Schulkinder, 1000 Mk. für den Giebichensteiner Frauenverein, 10 000 Mk. für verschämte Arme 2c.

Stadtv. Thiele: Da der Referent nunmehr die Hauptpositionen für die Verwendung der Gelder mitgeteilt hat, ziehe ich den diesbezüglich gestellten Antrag zurück. Zur Bade-Angelegenheit will ich aber bemerken: Es muß doch zur Zeit vertraglich festgelegt sein, bis wann die Freibäder hergerichtet sein sollen. Hat da vielleicht die Streikklausel, die wir zur Zeit alle bekämpft haben, mitgewirkt? Wäre das der Fall, so müßte mit aller Entschiedenheit die einseitige Parteinahme des Magistrats für die Unternehmer gerügt und bekämpft werden.

Für den nachträglich eingegangenen, vom Stadtv. Thiele begründeten Antrag, das Kollegium möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die sofortige Fertigstellung der Freibäder Sorge zu tragen, stimmten nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten, nachdem Stadtrat Grote erklärte, Herr Eisenschmidt habe sich auf Anfrage nunmehr bereit erklärt, er werde die Freibäder sofort herrichten lassen.

Der Hauptentwurf zum Neubau eines Polizeidienst-Gebäudes nebst Polizei-Gefängnis wurde genehmigt. Es werden 642 940 Mk. aus Anleihemitteln gefordert.

Stadtv. Thiele wendet sich entschieden gegen das Anleihewesen. Man borgt sich Geld, damit man sich selbst damit bezahlt. Gegen Zuhilfenahme von Anleihemitteln zur Verwendung produktiver Erwerbsanstalten ist nichts einzuwenden. Jede Mark Anleihe müsse aber mit vollen zwei Mark bezahlt werden. — Die Stadtverordneten Engelcke, Knabe, Schmidt und der Vorsteher Steckner weisen darauf hin, daß man ohne Anleihen heute nicht auskomme, da die Stadt kein Barvermögen habe. Die Einnahmen und Ausgaben gehen auf, und von den laufenden Steuern könne man nicht alles bezahlen. — Das Kollegium stimmt der Magistratsvorlage zu.

Ueber den Neubau eines Sparkassen-Gebäudes für die Zweigstelle Nord in der Gr. Brunnenstraße referiert Stadtv. Emmer. Es sind dazu Mittel in Höhe von 24 850 Mk. erforderlich. Der Wert der Grundstücksfläche wird auf 30 Mk. pro Quadratmeter festgesetzt. Das Kollegium stimmte zu.

Ohne größere Debatte wurden dann folgende Punkte erledigt: Zur Einrichtung von Räumen in der Moritzburg zur Aufnahme der Hellwigschen Sammlung werden 500 Mk. bewilligt. — Der Ausbau der Straße nördlich der Johanniskirche auf der Straße von der Süd- bis zur Canteinstraße wurde beschlossen, und für Legung der Gas- und Wasserleitung werden 2480 Mk. bewilligt. — Der Enteignung des vom ehemaligen Domänengehöft fluchtlinienmäßig zur Fährstraße entfallenden Landes wird zugestimmt. — 64 950 Mk. werden zur Neupflasterung der Pfännerhöhe bewilligt. — Zum Haushaltsplan der Desinfektionsanstalt für 1906 werden 603.40 Mk. bewilligt. — Zu Instandsetzungsarbeiten im Hospital und der Sandgrube am Goldberge bewilligt man 4650 Mk. — Dem Landverkauf zum Grundstück Kl. Brauhausstraße Nr. 11-13 wird zugestimmt. — Bauliche Veränderungen im Grundstück Trotharstraße Nr. 68 werden genehmigt. — Die Festsetzung einer Verbindungsstraße zwischen der Alten Promenade und der Zinksgartenstraße wurde zurzeit als nicht ratsam abgelehnt. — Zur Besoldung eines französischen Lehramts-Assistenten und zur Veranstaltung französischer und englischer Vorträge werden 1060 Mk. bewilligt.

Gewerbegericht Halle.

Vorsitzender: Stadtrat Kurth. Beisitzer: Hotelier Käppel, Zimmermeister Meise, Maler Sommer und Maler Heyn.

Ein amüsantes Techtelmechtel kam in der Sache einer drallen Wirtschaftsmamsell gegen einen hiesigen Gastwirt zur Verhandlung. Die etwa 25jährige Dame, die jetzt wieder in ihrem Beruf als schmucke Kellnerin tätig ist, verlangt von dem früheren Chef eine Abfindungssumme von 150 Mark wegen kündigungsloser Entlassung. Er hatte ihr eine Kneipe gepachtet und sie „da hineingesetzt", damit sie, wie sie sagt, mit ihm hinter dem Rücken seiner Frau „immer hübsch allein" sein könne. Der Chef will sich der Dinge nicht mehr genau erinnern und macht Gegenforderungen geltend, da er seiner damaligen Angestellten wiederholt „Vorschüsse" gegeben habe. Im April und Mai dieses Jahres will er ihr noch 90 Mark in bar gegeben haben. Sie entgegnet: „Nein, ich habe nur 40 Mark erhalten; mit diesem Betrage hat er mir aber nur den Mund stopfen wollen, damit ich über unser Verhältnis nichts zu seiner Frau sagen sollte. Von 104 Mk. Bierschulden will sie ebenfalls entbunden worden sein; er habe den Betrag aufgerechnet, da er bei ihr öfter gegessen, getrunken und gelebt habe. Und zwei Tonnen Bier, das habe sie gleich gesagt: „Bezahle ich nicht; die Quittungsbücher kann er nämlich wegen seiner Gattin, die von unserem Verhältnis nichts wissen soll, nicht vorlegen. Die hübsche Kellnerin verstand es vorzüglich, die prekäre Lage des Wirtes auszubeuten. Kein Wunder, daß er schließlich wütend wurde und der früheren Angebeteten die Worte Frauenzimmer 2c. zurief. Sie bleibt sanftmütig und sagt: „Aber Gustav, wie kannst Du so etwas sagen; ich bin doch kein Frauenzimmer; hast Du mir nicht sogar die Ehe versprochen?" Er entgegnete zornentbrannt: „Sie, Sie, schweigen Sie." „Sie" schweigt aber nicht und bittet Gustav weiter: „Hast Du vergessen, wie Du mit mir in Berlin im Hotel logiert hast?" Das Geld hat er mir freiwillig für andere Zwecke gegeben, „so was" muß doch auch bezahlt werden. Und hier, sagt Klägerin, in die Tasche greifend, ein Beweis. Sie holt eine hübsche Ansichtskarte heraus, auf der die Worte stehen: „Von Deinem lieben, guten Schatz G. Th." „Gustav, diese Karte hast Du geschrieben," sagte „Sie". Gustav ist baß und sagt, die Karte gehöre doch überhaupt nicht zur Sache. Sie will es aber auf ihren Eid nehmen, daß Gustav die Karte geschrieben hat. Auf wiederholtes Drängen verweigert Gustav die Aussage. So eine infame Ansichtskarte. Sie bleibt dabei, er habe das Geschäft für sie eingerichtet, damit er mit ihr hübsch allein sein könnte. Ein Jahr haben wir hinter dem Rücken seiner Frau ein schönes

Der diesjährige

Inventur-Ausverkauf

Geschäftshaus **J. Lewin** beginnt **Sonnabend, den 29. Juni** und **übertrifft alles bisher Gebotene.**

Halle a. Saale, Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0003

Verhältnis gehabt. Sie will schließlich dahingehend auch einen Eid leisten, daß er bei der Abrechnung durch die Bierschulden einen Strich gemacht habe, weil er bei ihr Essen ꝛc. empfangen habe. Die Sache mußte schließlich behufs weiterer Beweisaufnahme vertagt werden. Den Parteien wurde der gute Rat erteilt, sie möchten sich lieber außergerichtlich einigen. Zu empfehlen ist das besonders dem Wirte, der allzu leichtsinnig auf Freiersfüßen gewandelt war.

Wenn die Sonne hochkommt. Bis dahin wollte der Inhaber des Borstenverwertungsinstituts **Lindner** einen Arbeiter **Hecklau** auf dem Schlachtviehhof engagiert haben. Auf eine derartige unbestimmte Engagementsdauer konnte sich ein Arbeiter selbstverständlich nicht einlassen. Hecklau verlangte 32 Mark wegen kündigungsloser Entlassung, da er am 16. Juni plötzlich entlassen sein will. Kläger wurde fünf Tage in der Woche mit dem Ausrupfen von Schweineborsten beschäftigt, und Beklagter will dem Kläger acht Tage vor dem 16. Juni mitgeteilt haben, daß die Arbeit zu Ende gehe, da die Schweine im Sommer bekanntlich keine Borsten trügen. In Beziehung hierauf will Beklagter auch die Dauer des Arbeitsverhältnisses vereinbart haben: „Wenn die Sonne hoch kommt und die Schweine keine Borsten mehr tragen", sollte die Arbeit beendet sein. Das Gericht ließ sich auf diese unbestimmte Dauer des Arbeitsverhältnisses nicht ein und brachte zum Ausdruck, daß der Beklagte hätte 14 Tage vor der Entlassung kündigen müssen. Da er nur acht Tage vorher gekündigt habe, wurde er verurteilt, dem Kläger 14 Mark zu zahlen.

Wegen Nichteinstellung in die ihm versprochene Arbeit klagte der Kesselreiniger **Schmidt** gegen den Kesselreiniger **Köhler**. Kläger verlangt 60 Mk., da ihm versprochen worden sei, er solle auf dem Bruckdorf-Nietlebener Bergbauverein Arbeit nehmen und sich behufs dessen am Freitag, den 7. Juni, die Beschäftigung ansehen. Am Montag, den 10. Juni, sollte die Beschäftigung beginnen; als Kläger kam, wurde er aber nicht eingestellt. Beklagter behauptet, er habe den Kläger deshalb nicht eingestellt, weil er am Freitag abend bei der Vorstellung betrunken gewesen und umhergetorkelt sei und Beklagter erfahren habe, daß Kläger einen Hang zum Trinken habe. Kläger bestreitet dies und ein Arbeitskamerad bestätigt ihm, daß beide am genannten Tage nur für acht Pfennig Schnaps getrunken und sie ein gleiches Quantum mit nach der neuen Arbeitsstätte genommen hätten. Ein dort beschäftigter Kesselreiniger behauptet aber, Kläger wäre am betreffenden Abend betrunken gewesen; solche Leute könne man mit dem Reinigen von Kesseln nicht beschäftigen. Die Frage, ob Zeuge denn nicht selbst am betreffenden Abend aus der Flasche des Klägers mitgetrunken habe, beantwortete er mit einem „Ja". Zeuge will aber nur einmal geleckt und die Flasche, um dem Kläger den Schnaps zu entziehen, im Kreise herumgereicht haben. Am liebsten, so meinte er, hätte man den Schnaps in die Asche gegossen. Das Gericht wies den Kläger mit seiner Forderung ab. Allerdings, hieß es begründend, sei ein Arbeitsverhältnis zustande gekommen; der Beklagte habe aber bei der Art der Beschäftigung das Verhältnis kündigungslos lösen können, da er durchaus nüchterne Leute beschäftigen muß.

Aus dem Reiche.

Apolda. Segnet, die euch fluchen .... Das Apoldaer Tageblatt brachte vor einigen Tagen einen Bericht über einen Veteranen-Appell des Bürgervereins. Der Archidiakonus Neumärker hielt eine Ansprache, die von einem Teil der Anwesenden nicht verstanden wurde. Das Tageblatt brachte hierüber eine ganz gelinde Kritik, die sich mehr gegen das Publikum als gegen den Redner richtete. Trotzdem geriet der echte Nachfolger Christi in Wut und schickte dem T. folgenden Brief:

„Hotel zum Stern, Jena, den 17. 7. 1907. An den verantwortlichen Herrn Redakteur des Apoldaer Tageblattes. Soweit ich in dem geradezu infam verdrehten Bericht über den Veteranenappell einen Dank des Apoldaer Tageblattes für seit nun 16 Jahren geleistete bereitwillige Zurverfügungstellung meiner geistigen Arbeiten erblicken darf, quittiere ich hiermit. Etwas derartig an Erlogenheit und Erstunkenheit die schlichte Wahrheit überbietendes ist noch nicht dagewesen. Ich bitte, mir Ihr Blatt in keiner Nummer mehr ins Haus zu senden; wer die Wahrheit zwischen „Markt und „Bürgerverein" derart entstellen, ja umdrehen kann, hat kein Recht, mehr als existierend beachtet zu werden! Ihrem Berichterstatter über diese Dinge lasse ich — aus Menschenfreundlichkeit — sagen, daß er sich nicht unterstehe, meine Schwelle wieder zu überschreiten — — er verläßt es nicht ohne gebrochene Rippen! So ein Lügner! Ergebenst Neumärker, Archidiakonus."

Ein wirklich „edler Menschenfreund"! Der Mann versteht es, Gläubige für seine Lehre zu finden. Derartig schöne Versprechungen müssen ihm mindestens 1000 neue Anhänger schaffen. Je schneller jemandem die Rippen gebrochen werden, desto schneller kommt er dorthin, wo nach den Lehren des Herrn Archidiakonus eitel Freude und Wonne ist. Und wenn Pastorenfäuste das Rippenbrechen besorgen, dann ist der Platz im Himmel gesichert.

Quittung.

Obhausen. 60 Pfg. zum Fonds des Volksblattes.

Eisleben. Für Parteizwecke gingen ein: Von den Schraplauer Parteigenossen durch Rauchfus 1.—, weil Gavin den König beim Kegeln auf den Kopf geschmissen hat 1.— Mark. Summa 2.— Mark. J. Stelzer.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopoldt in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Arbeiter-Bildungsverein zu Halle a. S.

Mittwoch d. 26. d. M. abends ¾9 Uhr im „Konzerthaus", Karlstraße 14

Vortrag in der Frauen-Abteilung.

Referent: Sekretär R. Drescher über das Thema: „Volksbildung".

Donnerstag d. 27. d. M. abends ¾9 Uhr: Sitzung der **Abteilung f. Gesundheitspflege** im „Konzerthaus".

Montag d. 1. Juli im „Konzerthaus": **Vorstandssitzung.**

Montag d. 8. Juli im Konzerthaus: **General-Versammlung.**

Jugendabteilung: Dienstag d. 2. Juli im hinteren Garten des „Volkspark": Ueben von Jugendspielen.

Das **Sommerfest** findet am 10. August (sp. 31.) im Garten und den Räumen des „Volkspark" statt.

Die Vorträge des Herrn Dr. von Rothe werden später bekannt gegeben und beginnen nach Fertigstellung des „Volksparkes" daselbst.

Turnabteilung: Uebungsstunden Mittwochs und Freitags abends von ¾9—¾11 Uhr im Saale des „Konzerthauses". — **Männerriege** übt Mittwochs mit. Aufnahmen daselbst jederzeit.

Der Vorstand.

Bockwitz u. Umg.

Achtung! Heizer u. Maschinisten Achtung!

Sonntag den 30. Juni 1907

im Gasthof des Herrn Otto Redlich in Naundorf

grosses Gewerkschafts-Fest

unter Mitwirkung des **Bockwitzer Arbeitergesangv. Morgenröte.**

Gartenfest, Konzert und Ball,

Preiskegeln f. Damen, Preisschiessen f. Herren.

Vorbehaltlich polizeilicher Genehmigung: **Umzug mit Musik. Abmarsch für Mückenberg, Dolstheida und Umgeg. punkt 1 Uhr** vom Gasthof des Herrn Langhammer, Mückenberg, **punkt 2 Uhr für Bockwitz und Umgeg.** von Grögers Gasthof.

Eintrittskarten sind beim Kassierer Fritz Bieback zu entnehmen. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Achtung! Zipsendorf. Achtung!

Arbeiter-Turnverein „Gut Heil", Zipsendorf

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes).

Sonnabend den 29., Sonntag den 30. Juni und Montag den 1. Juli 1907

Fahnenweihe.

Hierzu laden wir Freunde und Gönner der freien Turnsache herzlichst ein. — **Die Weihe findet am 30. Juni, nachm. 3 Uhr statt.**

Der Festausschuss.

„Kaffeegarten Trotha", Inhaber: Wilh. Henze.

Mittwoch und Sonntag, nachm. von 4 Uhr ab:

Familien-Konzert.

Eintritt frei!

Jeden Mittwoch u. Donnerstag von 2 Uhr ab **stündl. Dampfer-Fahrten** von der Peißnitzbrücke nach dem „Kaffeegarten".

Neu! Neu!

Wie verfolgt der Bäcker und Konditor sein Recht.

Ein Ratgeber in allen Rechtssachen, verfasst für den Berufsbäcker und Konditor und mit praktischen Beispielen und Formularen versehen.

Für Meister und Gehilfen unentbehrlich.

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Maler.

Mittwoch den 26. Juni 1907 abends 8½ Uhr bei J. Streicher, Kl. Klausstrasse 7

ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Da zu dieser Versammlung der Hauptvorsitzende Kollege **Tobler** aus **Hamburg** anwesend ist, ersuchen wir die Kollegen, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Nur Karl Koch's Nährzwieback

kommt seiner Zusammensetzung u. Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend u. gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; **man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen,**

nur Karl Kochs Nährzwieback Herrenstr. 1.

Zu haben in 10-, 20-, 30- u. 60 Pfg.-Tüten in den Apotheken, Drogerien, Kolonialwarenhandlungen und in den bekannten Verkaufsstellen.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Nur noch wenige Tage!

Gastspiel des „Hamburger Metropol-Theaters".

Täglich abends 8 Uhr: Mit **beispiellos. Lacherfolg**

Herzogin Crevette.

Schwank in 1 Vorspiel und 3 Akten von Georges Feydeau.

Altenburger Hof

Morgen Mittwoch abends

Alvary-Duo

Wegen Geschäftsaufgabe Linoleum, Wachstuche, Tapeten, zu **Spottpreisen**

Rathausstrasse 15.

Schöne große **Vollheringe** zart und weiß, **Stück 6 Pfennig** bei **Alfred Apelt,** Leipzigerstrasse 8.

Karl Worche, Friseur- u. Barbiergeschäft, Zeitz, Wendischestraße 2.

Von heute und täglich:

Neue saure Gurken

empfehlen zu allerbilligsten Tagespreisen

Kunze & Gessner

Volkmannstraße 8.

Fernruf 1682.

Nur echte **Henkel's Bleich-Soda** Garantirt chlorfrei giebt u. hält blendend weisse Wäsche

Frische, kurzgepflückte Kamillen kauft in jedem Quantum **Wilhelm Kaske, Große Märkerstraße 6/7.**

Papier- u. Pappenabfälle kaufen jeden Posten **Kl. Brauhausstr. 20.**

Albrecht Köttnitz, Zeitz, empfiehlt sein großes Lager in **Herren- u. Knabengarderobe** zu soliden Preisen.

Macco-Unterzeuge ausprob. Qualität., kauft man bei **Max Berndorff, Geiststr. 42.**

Waschgefäße dauerh., b. **Zander,** Gr. Klausstr. 12. Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Rabattmarken, lose und eingeklebt, werden gekauft **Fürstental 5, II l.**

Kaufe Kanarienhähne, junge u. alte, u. Weibchen zum höchsten Preise nur Donnerstag den 27. Juni im Zentral-Hotel.

J. Tischler.

Frau Christoph, Ammendorf, empfiehlt sich zum **Brikett- u. Preßsteinefahren** (à Ztr. 67 Pf.)

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob 1907

Nr. 13.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Mittwoch **Schlachtefest.** Marie Böttcher, **Triftstr. 2.**

Bergleute sucht b. 9 stünd. Schicht u. h. Verd. ev. Werksw. u. Umzugsk.-Verg. n. ¼ j. Arb. **Leipzig-Döllitzer Kohlenwerke, Dölitz bei Leipzig.**

Arbeiter finden lohnende Beschäftigung in den **Schwerzer Steinbrüchen bei Niemberg.**

Zeitungsträgerinnen gesucht für ein Blatt, das am 1. eines jed. Monats vorm. auszutragen ist. Meldung nachm. **Gr. Ulrichstr. 37, H. IV l.**

3 Schuhmacher sucht Pirl, Geiststraße 10.

Zur Anschaffung empfohlen: Aufklärungs-Schriften über das Christentum.

War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? Von Dr. Eugen Losinsky. — Preis 15 Pf.

Waren die Urchristen wirklich Sozialisten? Von Dr. Eugen Losinsky. — Preis 15 Pf.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst u. Wissenschaft. Von Dr. Eugen Losinsky — Preis 15 Pf.

Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken? Von Dr. Eugen Losinsky. — Preis 20 Pf.

Nieder mit den Sozialdemokraten. — Preis 10 Pf.

Christentum und Sozialismus. Neue Ausgabe mit einem neuen Vorwort vom Mai 1901 von A. Bebel. — Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.

Die wahre Gestalt d. Christentums. Uebersetzt und mit Vorwort versehen von A. Bebel. Preis 50 Pf.

Glossen zur wahren Gestalt des Christentums. Von A. Bebel. — Preis 30 Pf.

Sozialdemokratie und Zentrum. Von A. Bebel. — Preis 20 Pf.

Die Religion der Sozialdemokratie. Von J. Dietzgen. 6. Aufl. — Preis 20 Pf.

Wider Gottes- und Bibelglauben. Von A. Danai. — Preis 30 Pf.

Zu haben in der **Volksbuchhandlung.**

Tüchtige Kernmacher stellt sofort ein für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn **Herm. Wintzer, Langestr. 24.**

Stube u. Kammer, 25 Thl., v. 1. 8. oder später an einzelne Leute zu **vermieten. Jägerplatz 34.**

Ich nehme die Beleidigung, die ich gegen Frl. **Emma Labes** ausgesagt habe, zurück. **Anna Klaus.**

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 24. Juni.

Aufgeboten: Kutscher Gaßmann und Lina Papst (Kloster-Posa u. Krausenstr. 15). Schriftsetzer Leitloff und Martha Metz (Mittelwache 11 u. Langestr. 5). Fleischer Merkes und Emma Freund (Kleinwölkau u. Wettin).

Eheschließungen: Militäranwärter Goedeke u. Charlotte Rosenbaum (Kanksteinstraße 10 und Ludwigstraße 12). Kaufm. Trepte und Gertrud Etzdorf (Dresden u. Leipzigerstraße 24). Kaufmann Hempel und Hulda Thiede (Prinzenstraße 15 und Merseburgerstraße 29).

Geboren: Arbeiter Pintaske S. (Huttenstraße 2a). Maurer Reiche T. (Saalberg 27). Arb. Richter T. (Ratswerder 12). Eisenbahnschaffner Zehl T. (Freiimfelderstraße 20). Schneider Woitas S. (Klinik). Arbeiter Lange T. (Kuttelhof 3). Metzgehilfen Müller Zw.-S. und T. (Spitze 21). Schuhmach. Goebel T. (Jakobstraße 49). Vizewachtmeister Ladewig S. (Merseburgerstraße 93). Arbeit. Goldschmidt T. (Hirtenstr. 7). Bäckermeister Sauerwein T. (Grünstraße 27). Gastwirt Große T. (Große Märkerstraße 21).

Gestorben: Arb. Wilke S., 6 Mon. (Torstraße 36). Werkmeisters Bussenius Ehefr. Friederike geb. Wiedemann, 43 J. (Magdeburgerstr. 39). Fleischer Frohn, 16 J. (Klinik). Witwe Friederike Ropitzsch geb. Reff, 65 J. (Klinik). Fleischermeisters Vickhan T., totgeboren (Klinik). Schmieds Ingber T., totgeboren (Klinik). Arbeiters Wantzlöben Ehefrau Anna geb. Huth, 28 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Wwe. Auguste Fischmann geb. Eberhardt, 70 J. (Kleine Ulrichstr 34). Maurer Wagner, 56 T. (Elisabeth-Krankenhaus). Wwe. Selma Püschel geb. Föhlisch, 62 Jahr (Parkstraße 4). Arbeiter Rosse, 26 J. (Bergmannstrost).

Halle-Nord, Burgst. 38, 24. Juni.

Aufgeboten: Gärtner Spittler u. Martha Walther (Lessingstraße 24a und Brachstedt). Arbeiter Schondorf und Anna Habicht (Weidenplan 15 u. Gr. Steinstr. 88). Arbeiter Walter und Berta Poschmann (Julius Kühnstr. 1 und Händelstr. 36). Vizefeldwebel Kupper u. Berta Lanzke (Reilstr. 128 und Potsdam). Maler Neiß und Emma Wagner (Fritz Reuterstraße 4 u. Lafontainestr. 24). Kaufmann Schnabel und Agnes Thormann (Oleariusstraße 8 und Berlinerstraße 27).

Geboren: Arbeiter Potempa S. (Harz 22). Maurer Fränzel S. (Gr. Gosenstr. 21). Dreher Hampe S. (Körnerstraße 26). Kaufmann Raue S. (Albrechtstraße 46). Kassierer Würner T. (Göbenstraße 3). Lehrer Ebelt S. (Göbenstr. 19). Kaufmann Kluge T. (Nordhausen).

Gestorben: Inv. Wiegemstr. Kutscher, 83 J. (Trothaerstr. 1). Student Stndorf, 21 Jahre (Harz 20).

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groh. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 146. Halle a. S., Mittwoch den 26. Juni 1907. 18. Jahrg.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Halle a. S.

(Schluß.)

Montag früh 8½ Uhr werden die Verhandlungen vom Vorsitzenden Brandes wieder eröffnet, und erhält als erster Redner Herr Rendant Müller von der Kaufmännischen Ortskrankenkasse zu Magdeburg das Wort zu seinem Vortrage: Die Frage der Quittungsbücher. Der Referent begrüßt es, daß man jetzt auch einmal praktische Verwaltungsfragen behandeln könne. Der Frage der Quittungsbücher läge ein prinzipieller Charakter zugrunde. Seit Bestehen des Krankenversicherungsgesetzes habe man allerdings seitens des Zentralverbandes sich erst zweimal mit dieser Materie befaßt, zu einem endgültigen Beschlusse wäre man aber noch nicht gekommen. Heute regele jede Verwaltung die Frage der Quittungsbücher nach ihrem eigenen Gutdünken und manchmal sogar zum direkten Schaden der Versicherten. Um nun hier eine einheitliche Regelung einzuführen, müsse man sich erst über die grundlegenden Fragen einigen. Hierbei streifte Redner auch die Erhebung des Eintrittsgeldes bei den Zwangskassen und trat dafür ein, von dieser Erhebung abzusehen. Zum Schluß empfahl er die Abschaffung der Quittungsbücher, da es durchaus für die Versicherten nicht vorteilhaft sei, wenn der Arbeitgeber den Namen des früheren Arbeitgebers, ebenso die Art und Dauer früherer Krankheiten erfahre. Eine ganze Anzahl größerer Kassen haben schon ein entsprechendes Meldesystem unter Wegfall der Quittungsbücher eingeführt, und erläuterte Redner das bei seiner Kasse eingeführte Kartensystem.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Thym-Halle, Hellvoigt-Halberstadt, Wendlandt-Magdeburg, Junghans-Weißenfels, Sommer-Köthen, sowie Klee-Magdeburg, die sich sämtlich für Abschaffung der Quittungsbücher und zum Teil auch für Wegfall der Erhebung des Eintrittsgeldes aussprachen. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die 6. Generalversammlung des Verbandes der Krankenkassen im Bezirk der Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt erklärt sich im Prinzip gegen die Ausgabe von Quittungsbüchern und empfiehlt den angeschlossenen Kassen die Abschaffung derselben. Ferner wolle man überall für die Beseitigung der Erhebung des Eintrittsgeldes eintreten."

Sodann erhielt Herr Rendant Wendlandt-Magdeburg das Wort zu seinem Vortrage: Praktische Verwaltungsfragen. Den angeschlossenen Kassen waren seitens des Vorstandes Fragebogen übersandt worden, deren Ausfüllung teilweise sehr mangelhaft war; von 94 Kassen haben nur 71 berichtet. Ueber den Mitgliederbestand, die Zahl der Krankheitstage, Krankheitsfälle, Sterbefälle, die Ein- und Ausgaben, den Vermögensbestand bringt Redner ein reichhaltiges, interessantes Zahlenmaterial zur Verlesung. Die Frage, ob besondere und in welcher Höhe Gefahrenklassen eingerichtet sind (§ 22 des K.-V.-G.), ist überhaupt nicht beantwortet worden. Dies ist insofern bedauerlich, als man mit dem hier gewonnenen Materiale der Gründung von Betriebskassen entgegentreten könne. Das Ergebnis der Kasseneinnahmen bezeichnet Referent als zufriedenstellend, dabei betonend, daß es auch noch Kassen gäbe, die eventl. noch höhere Aufwendungen machen könnten. Namentlich müsse überall die Unterstützung für Ledige während der Krankenhausbehandlung eingeführt werden, hier zahle die Magdeburger Allgemeine Ortskasse für die Mitglieder der ersten Klasse 1 Mk. pro Tag. Dem Verbande gehören in der Hauptsache die gut fundierten, leistungsfähigen Kassen an, und da müsse man auch die Erhöhung der Angehörigenunterstützung erstreben, ferner ist die Schwangerschaftsunterstützung einzuführen, ebenso die Rekonvaleszenten-Unterstützung, das Sterbegeld ist zu erhöhen, der Errichtung von Walderholungsstätten möge man überall näher treten. Weiter muß darnach gestrebt werden, dem wirklichen Verdienste entsprechende durchschnittliche Tagelöhne (klassenweise) einzuführen. Ueberhaupt wäre es empfehlenswert, wenn die Kassen gleichmäßige Leistungen möglichst erstrebten. Der Abschließung von Verträgen mit Aerzten, Apotheken ist besonderes Gewicht beizulegen, und in allen diesen Fragen hat der Verband einzugreifen. Um nun überall ein genaues Bild zu bekommen, ist die Pflege der Statistik ein Hauptterfordernis.

An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, an welcher sich die Herren Ruppert-Wittenberg, Hellvoigt-Halberstadt, Junghans-Weißenfels und Lesse-Magdeburg beteiligten, und dabei mehr oder weniger auf die Ausfüllung der Fragebogen usw. hinwiesen. In seinem Schlußwort interpretiert Herr Wendlandt noch die Art der Rekonvaleszentenfürsorge, die dahin ging, daß für nicht voll arbeitsfähigen Personen in den Fällen, wo sie noch nicht den bisherigen Lohn erzielen können, bis zur Dauer von 13 Wochen ein Zuschuß zum Lohn bis zur Höhe des Krankengeldes gemeint sei.

Nunmehr wurde zum letzten Punkt: eventl. noch eingehende Anträge, übergegangen. Hier lag folgender Antrag vor:

„Die Entscheidungen der Arbeiterschiedsgerichte und des Reichsversicherungsamts bei Leistenbruchumfällen."

Hierzu machte Herr Wichmann-Stendal dankenswerte Ausführungen, die darin gipfelten, daß, da hier den Krankenkassen in der Hauptsache die Lieferung der Bandagen usw. zur Last falle, die Mitglieder in der Regel auch noch mit ihren Ansprüchen auf Unfallrente abgewiesen würden, die Kassen hier für die nötige Aufklärung der Mitglieder Sorge tragen sollten, damit diese sich bei in die Erscheinung tretenden Brüchen sofort arbeitsunfähig meldeten, um so die Erfordernisse der Rechtsprechung zu erfüllen. Herr Wendlandt definiert noch den Standpunkt der bisherigen Rechtsprechung, der für die Versicherten durchaus ungünstig ist. Er empfiehlt die Sammlung einschlägigen Materials, um damit die Rechtsprechung zu beeinflussen. Herr Brandes verspricht, diese Anregungen zu berücksichtigen, womit der betr. Antrag erledigt wird.

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Magdeburg lag folgender Antrag vor: „Die Stellung der Betriebskassen im Rahmen der geplanten Reorganisation der Arbeiterversicherung." (Je nach dem Ausfall der Verhandlungen hierüber soll weiter beim Zentralverband der Ortskrankenkassen die Aufnahme dieses Antrages in die für die Verhandlungen in Mannheim festgesetzte Tagesordnung beantragt werden.)

Herr Wendlandt-Magdeburg ersucht darum, sich im Prinzip mit der Besprechung dieser Frage in Mannheim einverstanden zu erklären. Dies geschieht, und damit ist dieser Antrag auch erledigt.

Herr Preußing-Bernburg beantragt noch, in Zukunft den Vorstandsbericht den Kassen so frühzeitig zu übersenden, damit die Kassen resp. die Delegierten sich rechtzeitig mit dem Studium desselben befassen können. Dem soll Rechnung getragen werden.

Alsdann wird Magdeburg als Sitz des Vorstandes und Herr Brandes einstimmig wieder als Vorsitzender gewählt. Herr Wichmann regte nunmehr noch die Wahl einer Kommission zur Beratung der Beitragsfrage für den Verband an. Hierüber wird ein Beschluß nicht gefaßt, da der Vorstand der nächsten Generalversammlung entsprechende Vorschläge machen will.

Herr Klees-Magdeburg fordert zum Schluß noch auf, die Beiträge stets pünktlich zu entrichten, alsdann schloß Herr Brandes mit einem kurzen Schlußwort und Dank an die Hallenschen Kassenfreunde für die Vorarbeiten usw. gegen 12 Uhr die Generalversammlung.

M. G.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 25. Juni.

Aus der Stadtverordnetensitzung.

Zur reinen Bewilligungsmaschine war die gestrige Stadtverordnetenversammlung notgedrungen geworden, denn in reichlich einer Stunde nahezu eine Million, nämlich 984 895.40 Mark bewilligen, ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Diese ganz rein geschäftliche Tätigkeit bot denn auch nichts besonders Bemerkenswertes, bis bei der nachgesuchten Genehmigung der Verwendung der Sparkassen-Ueberschüsse (die bekanntlich nur zu gemeinnützigen Zwecken Verwendung finden dürfen), Genosse Emmer die Nichtfertigstellung der Freibäder monierte. Die Antwort des Stadtrats Grote als Dezernent gab natürlich dem Streik der Zimmerer die Schuld, worauf Genosse Thiele mit Recht darauf hinwies, daß es genug Zimmerer gebe, die arbeiten wollten, wenn nur deren Forderungen anerkannt würden. Oder hätte man in den Vertrag mit der Firma Eisenschmidt, die die Freibäder zu bauen hat, wieder die famose Streikklausel aufgenommen? Wenn dies der Fall wäre, so müsse dies stark gerügt werden. Oder solle mit Absicht die Fertigstellung der Freibäder verzögert werden, um bei dem diese Bäder benutzenden Publikum Mißstimmung gegen die Streikenden zu erregen? Das werde nicht geschehen. Die Arbeiterschaft und alle human denkenden Menschen erkennen die Forderungen der Bauarbeiter als gerechte an. Daß eine Anzahl Stadtverordnete bei diesen Ausführungen lachten, nimmt bei der Stellungnahme unseres behäbigen Philistertums zu allen Forderungen der Arbeiter nicht wunder. Auf die Anfrage unseres Gen. Thiele erfolgte vom Magistratstische aus keine Antwort. Stillschweigen ist auch eine Antwort. Das Volk kann sich den Vers selbst darauf machen und wird solches auch tun. Denn wenn auf eine solch direkte Anfrage keine Antwort erfolgt, da muß doch die Anfrage das Richtige getroffen haben. Ein kleines Renkontre gab es denn noch zwischen unserem Genossen Thiele und einzelnen bürgerlichen Abgeordneten bei der Beratung über das Polizeigefängnis, dessen Grundstück schon aus dem Vermögen der Stadt bezahlt ist, der Betrag aber aus Anleihemitteln der Stadtkasse wieder zugeführt werden soll. Dagegen wendete sich mit Recht Genosse Thiele, der vielmehr verlangte, daß dieser Betrag in jährlichen Raten aus den laufenden Einnahmen beglichen werden solle. Dadurch spare man Tausende von Mark, die sonst das teure Anleihekapital koste. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Ist doch Genosse Thiele kein Kaufmann, und bekanntlich können nur Kaufleute rechnen, wenn auch oftmals falsch. Für den von unseren Stadtverordneten eingebrachten Antrag auf sofortige Fertigstellung der Freibäder stimmten nicht ein bürgerlicher Abgeordneter. Wozu auch? Sie gehen doch nicht ins Freibad, während der nun bald anbrechenden Ferien wohl aber in andere Bäder, wo der Ludergeruch des Proletariats nicht zu spüren ist. Weshalb also für einen solchen Antrag stimmen, der noch dazu bestimmt war, einen der Ihrigen zur Erfüllung seiner übernommenen Pflichten zu zwingen!

Vom gemeinnützigen Herrn Friedrich.

Monat um Monat ist verstrichen; aber die Barrikade hinter Preßlers Berg ist, als leuchtendes Beispiel für den hervorragenden Gemeinsinn und die Gerechtigkeit des Maurermeisters Friedrich, unversehrt erhalten geblieben. Herr Friedrich schädigt absichtlich die unschuldigen Bewohner ganzer Stadtteile, denen er den kürzesten Verbindungsweg abgeschnitten hat, weil er sich durch den Magistrat benachteiligt fühlt. Vor etwa einem Vierteljahr wurde ihm der Weg zum Ausgleich geebnet. Er hat aber Forderungen gestellt, die von den städtischen Körperschaften für unerfüllbar gehalten werden. Wie gestern in der Stadtverordnetensitzung mitgeteilt wurde, wird noch diese Woche der Bauausschuß sich mit einer Vorlage in der Angelegenheit beschäftigen. Und nächsten Montag, unmittelbar vor Beginn der Ferien, werden die Stadtverordneten nochmals Herrn Friedrichs Gemeinsinn zum Gegenstand ihrer Erörterungen machen müssen. Herr Friedrich irrt sich, wenn er meint, er könne ruhig warten, bis seine unbilligen Forderungen erfüllt werden. Warten kann er, das ist richtig. Aber er läßt seinen Pulf setzenweise an seine Doppelplanke hängen. Ist ihm das zunächst auch gleichgültig, so wird es später mit doppelter Macht auf ihm lasten. In dieser selbstsüchtigen, ungerechten Weise läßt sich das öffentliche Rechtsbewußtsein nicht ungestraft malträtieren.

Wie die hiesigen Saalbesitzer zu mehr Tanztagen gelangen wollen.

Der hiesige Saalbesitzerverein ersucht in einer Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten um Vermehrung den öffentlichen Tanzlustbarkeiten. Das ist sein gutes Recht. Denn, wenn in einer Großstadt wie Halle nur 22 öffentliche Tanzlustbarkeiten im ganzen Jahre gestattet sind, so ist das in einer Stadt mit so vieler werktätiger Bevölkerung und so viel Fremdenzufluß einfach nicht mehr genügend. Derartige unbegrenzte Bevormundung paßt vielleicht für ein kleines bäuerliches Dorf, aber nicht für eine Stadt mit über 170 000 Einwohnern.

Kleines Feuilleton.

„Barmherzige Schwestern."

Der Arbeiterwille in Graz ist in der Lage, über Mißhandlungen zu berichten, die in einem katholischen Kloster an wehrlosen Kindern verübt wurden. Es handelt sich um das Grazer „Schutzhaus für verwahrloste Mädchen". Dieses Institut nimmt Mädchen im schulpflichtigen Alter auf und steht unter der Oberaufsicht des katholischen Frauenvereins, dessen Vorsitzerin die Gräfin Corti alle Catene ist. Erst seit September vorigen Jahres besteht dieses Institut. Im ganzen sind jeweilig 15 bis 16 Mädchen dort in „Pflege" und schon sind aus diesem Internat acht Mädchen entflohen. Die Erzählungen der Kinder enthalten furchtbare Anklagen gegen dieses fromme Institut. Das Essen ist qualitativ und quantitativ so ungenügend, daß es vorgekommen ist, daß sich Mädchen über die Küchenabfälle hermachten und daraus Brotstücke fischten, um ihren Hunger zu stillen. Die Erziehungsmittel der barmherzigen Schwestern bestehen im Fasten, im Einsperren in der Dunkelkammer, in Schlägen mit der Peitsche und der Hand und in der Zwangsjacke. Die Strafe des Fastens ist die häufigste; zunächst wird die Entziehung des Nachtessens angewandt, bei erschwerenden Straffällen bekommen die Kinder auch halbe Tage lang nichts zu essen. Diese Strafen werden bei den geringsten Vergehen angewandt, so z. B. wenn ein Mädchen keinen Fingerhut im Nähkörbchen hat oder wenn es beim Nähen eine Nadel bricht, wenn ihm Brosamen unter den Tisch fallen usw., muß es fasten. Dunkelkammern gibt es zwei, eine im ersten Stock, eine im Keller. In der Regel ist schon die Strafe des Fastens vorausgegangen, wenn die Kinder in die Dunkelkammer gesperrt werden. Die Kinder haben begreiflicherweise eine entsetzliche Angst vor dem Alleinsein im Finstern, beginnen dann in der Regel zu weinen, zu lärmen, poltern an der Tür und erwirken dadurch eine neue Verschärfung ihrer Strafe. Nun kommt die Geißel an die Reihe. Alle Kinder schildderten übereinstimmend dieses Züchtigungsinstrument als ein Holz, an dem mehrere Stränge befestigt sind, die sie als Draht bezeichnen, der mit weißem Zwirn oder Wolle umwunden sei. Die Schläge die mit dieser Drahtrute sind äußerst schmerzhaft und ziehen in der Regel Verletzungen nach sich. Die Kinder werden bei dieser Prozedur bis aufs Hemd ausgezogen, auf die Bank gelegt und geschlagen. Zwei Schwestern halten dann das Opfer fest und eine, die Oberste der „Barmherzigen", schlägt zu. Die Kinder werden nun immer reizbarer und aufgeregter, schlagen wohl um sich, kratzen und beißen die Schwestern, das ist das größte Verbrechen, und dafür bekommen sie die Zwangsjacke angelegt. Vollständig wehrlos gemacht, werden sie dann in die Dunkelkammer geworfen, in der sich keinerlei Möbel befinden. Schreien sie, so wird ihnen noch die „Fatsche" angelegt, d. h. der Mund fest verbunden und nur Nase und Augen freigelassen. Ein Kind, das eine besonders schwere Leidenszeit durchgemacht hatte, erzählte u. a., als es in der Dunkelkammer gewesen, habe es eine der Schwestern inständigst um etwas zu essen gebeten, da es fürchterlichen Hunger gehabt. Die Schwester ging und kam mit Brot, brockte es auf und warf die Stücke auf den Fußboden. „Iß!" befahl sie nun. Hunger tut weh. Das Mädchen, das in der Zwangsjacke steckte, mußte sich nun auf die Knie niederlassen, bückte sich mit dem Munde zu Boden und aß das Brot, einem Hunde gleich, vom Fußboden auf. Die ganze Nacht blieb das Mädchen in der ungeheizten Kammer, ohne Bett, ohne Decke. An der Mauer lehnend und hockend, durchwachte es die Nacht. Heute liegt es im Spital. — Von diesen Scheußlichkeiten ist, wie unser Grazer Parteiblatt mitteilt, durch den Polizeiarzt Strafanzeige gemacht worden. Hoffentlich werden diese frommen Bestien der verdienten Strafe für die Quälereien, die sie an wehrlosen Kindern verübten, nicht entgehen.

Photographie von Wärmestrahlen.

Wärmestrahlen in einfacher Weise auf einer photographischen Platte zu fixieren, ist in jüngster Zeit Professor Zenneck in Braunschweig gelungen. Es ist bekannt, daß verschiedene Entwickler, z. B. die gebräuchlichen Rodinal- und Hydrochinon-Entwickler, die photographische Platte im kalten Zustande nicht beeinflussen, die h. nicht schwärzen. Treffen nun auf einen Teil einer solchen in kalte Entwickelungsflüssigkeit getauchten Platte Wärmestrahlen, so wird dieser Teil geschwärzt, während die andern Teile hell bleiben. Wird z. B. vor die Platte ein Blech aufgestellt, aus dem irgend eine Figur ausgeschnitten ist und vor dieses Blech eine heiße, Wärmestrahlen aussendende Substanz, wie kochendes Oel, gebracht, so dringen die Wärmestrahlen durch die Oeffnung, bringen den Entwickler zur Wirkung und schwärzen an diesen Stellen die Platte. Wird dieser Ausschnitt mit Glas abgedeckt, so wird das Bild schwächer. Wird der Ausschnitt mit einer Hartgummiplatte verdeckt, so ist das Bild stärker als bei der Glasabdeckung, weil die Wärmestrahlen Hartgummi leichter durchdringen als Glas, während es bei den kurzwelligen Lichtstrahlen umgekehrt der Fall ist.

Der falsche, der echte und der ganz echte Hund von Baskerville. In Dortmund ist ein heißer dramaturgisch-literarischer Kampf um den tantiemenbringenden dramatisierten Hund entbrannt, den das deutsche Theater der Muse Conan Doyles verdankt. Tritt da ein Ensemble auf, das dieses nützliche Tier zu neuem dramatischen Frikassee verarbeitet hat. Ohne die Erlaubnis des echten Hundezüchters Bonn. Darob lebhafter Protest der Bonnischen. Mit dem Motto: „Nur das Schauspiel Der Hund von Baskerville von Ferdinand Bonn wurde wiederholt von Ihren kaiserlichen Majestäten in Berlin mit breiem allerhöchstem Besuche beehrt. Alle andern Aufführungen dieses Stückes sind völlig minderwertiger Art und haben mit der Berliner Anzahl der Aufführungen dieses Stückes ebensowenig wie mit dem Kaiserbesuche zu tun. Alle dem entgegenstehenden Behauptungen sind Schwindel und nur auf Täuschung des Publikums berechnet."

Die Gegenpartei antwortet: ihr Hund wäre auch ohne kaiserliche Besichtigung ebenso echt, originell, rasse und theaterrein. Und es gäbe noch mehr dieser Hunde, entstanden aus einer Kreuzung des Holmesschen Romanes mit der Bühne. Welcher von diesen Bastarden die gelungenste Mischung darstelle, möge das pp. Publikum ausmachen. . . . Recht haben beide Parteien, denn sie haben beide trotz dieses Protestes des alleinigen Besitzers des Originalbundes von Baskerville: Conan Doyles, dessen Werk benutzt. Daß das Drama in Deutschland auf den Hund gekommen sei, kann nun noch schwerlich jemand bestreiten.

Die Zensur. In Prag wurde die Aufführung des Einakters Die Witwe von Klara Viebig verboten. Außerdem Wedekinds Frühlingserwachen — Die Münchener Zensur verbot dem Reinhardtschen Ensemble außer Wedekinds Frühlingserwachen auch den Gott der Rache von Schalom Asch. Rein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0005

Daß alle derartigen Anträge um Erweiterung der öffentlichen Tanzlustbarkeit bei der Regierung bis jetzt noch kein Entgegenkommen gefunden haben, beweist nur, daß die heutigen Regierungsmänner kein Verständnis für die Bedürfnisse einer großstädtischen Bevölkerung haben.

Wir geben ferner dem Saalbesitzerverein auch darin recht, daß es der Polizei freisteht, mehr öffentliche Tanzlustbarkeiten aus eigenem Ermessen zu gestatten, daß also die Regierung gar nicht darum befragt werden braucht. Freilich scheint unser „Ober" anderer Ansicht zu sein, der auf eine Eingabe vom 18. April zwar das Wohlwollen der Polizeiverwaltung um Vermehrung der öffentlichen Tanztage wiederum versichert, aber wiederum die Eingabe der Regierung, und zwar befürwortend, unterbreiten will. Unseres Erachtens sollte die Polizei die Regierung nicht mehr als unbedingt nötig in ihre Machtbefugnisse eingreifen lassen.

Aber nicht einverstanden erklären können wir uns mit dem Vorgehen des Saalbesitzervereins, wenn er glaubt, durch Angeberei seine Forderungen schmackhafter zu machen, und durch eine indirekte Denunziation die Leute in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und für sich damit einen Vorteil herauszuschlagen. Aber nichts als eine Denunziation und Herabsetzung der Arbeiter ist es, wenn der Saalbesitzerverein in seiner Eingabe folgendes anführt:

„Vereinslustbarkeiten sind gesetzlich unantastbar. Sie erfordern keine polizeiliche Erlaubnis, können in ihrer Anzahl nicht beschränkt werden und sind von der Polizeistunde gänzlich befreit. Sie dürfen also ungehindert an jedem beliebigen Tage stattfinden und bis zum frühesten Morgen andauern.

Damit ist aber keinem Arbeitgeber gedient, denn infolge der Uebermächtigkeit sind die Arbeiter an den Montagen in der Arbeitsfähigkeit erheblich geschwächt. Sie sind nach durchtanzter Nacht nicht halb soviel wert, als an andern Tagen, wo sie ausgeruht zur Arbeit erscheinen. Wir bitten dringend, in den Kreisen der Arbeitgeber Erhebungen darüber anstellen zu wollen. Wohl ein jeder derselben wird sich für Abhaltung von öffentlichen Tanzlustbarkeiten entscheiden, da deren Dauer an die Polizeistunde gebunden ist.

Auchder Arbeiter selbst hat unter den jetzigen Tanzverhältnissen zu leiden, ganz abgesehen von den bereits beregten, verminderten Leistungen. Seine Mattigkeit nach einem Besuche des Tanzsaales bis zum früher Morgen stumpft ihn gegen Betriebsgefahren ab. Laut Unfallstatistik der Berufsgenossenschaften ereignen sich bekanntlich die meisten Betriebsunfälle nach durchschwärmten Nächten. Es spricht also auch die Sorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung zugunsten unseres heutigen Antrages.

Was jeden von der Arbeiterschaft gesagt worden ist, trifft in gleicher Weise für das Hilfspersonal der Saalwirte und die Musiker zu. Dasselbe muß infolge der langen Dauer der Vereinslustbarkeiten am nächsten Tage ebenfalls unausgeruht der Arbeit nachgehen.

In allen diesen offensichtlichen Mißständen und Unzuträglichkeiten würde eine Vermehrung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten sicherlich Wandel schaffen.

Jedem Saalinhaber sind solche in der Regel lieber. Einmal bleibt er dabei Herr im Hause und kann die Hauspolizei selbst ausüben, und ferner ist ihm an der langen Dauer von Vereinslustbarkeiten, die an ihn, seine Familie und sein Personal übermäßige Anforderungen stellt und in den Morgenstunden überhaupt unrentabel ist, ebenfalls nicht viel gelegen. Schon aus diesen beiden Gründen wird jeder Saalinhaber dem öffentlichen Tanze fast immer den Vorzug vor den meisten sonntäglichen Vereinslustbarkeiten geben.

Ebenso würde die nächtliche Ruhe und Ordnung auf den Straßen bei einem früheren Schlusse der Tanzsäle weniger der Störung ausgesetzt sein als bei dem jetzigen nächtlichen Straßenverkehr, der sich bei Vereinslustbarkeiten bis zum Morgen hinzieht und den Nachtdienst der Polizeibeamten erschwert."

Da habt ihr es, ihr Arbeiter. Wenn ihr in eurem Verein Tanzvergnügen veranstaltet und damit den Wirten einen Vorteil zu verschaffen glaubt, so zieht ihr falsche Schlüsse. Den Saalbesitzern liegt viel mehr daran, wenn ihr abends um 12 Uhr im Bette liegt, um am andern Morgen vom Unternehmer wieder richtig ausgenutzt zu werden. Außerdem saufen die Arbeiter bis zum frühen Morgen nicht genug, so daß der Rebbach des Wirtes nicht groß genug wird. Das Ideal eines rechten Saalwirtes ist, daß die Arbeiter bis abends 12 Uhr soviel vertun, daß die armen Saalwirte nach Schluß der Tanzmusik schmunzelnd den Verdienst einstreichen können, den sie bei einem Vereinsvergnügen vielleicht ein paar Stunden später halten. Doch um eines möchten wir die Saalbesitzer bitten, uns die Statistik vorzulegen, nach der die Unfälle sich gerade nach durchschwärmten Nächten vermehrt zeigen. Bis jetzt zeigt die Statistik immer eine Zunahme der Unfälle am Ende der Woche, wo die Arbeiter abgerackert und abgespannt sind. So steht die Geschichte.

Das stärkste Stück leisten sich die Saalbesitzer aber darin, daß sie die an Vereinsvergnügen beteiligten Arbeiter als nächtliche Krawaller zu denunzieren belieben. Davon, daß die Zöglinge unserer alma mater, verschiedene Bourgoissöhnchen und dergleichen am stärksten an den nächtlichen Ruhestörungen beteiligt sind, weiß der Saalbesitzerverein natürlich kein Wort zu melden, ist es Fleisch vom eigenen Fleisch, das stellt man in kein schlechtes Licht. Bei den Arbeitern ist es etwas anderes. Denen kann man schon so etwas bieten, die halten auch noch die andere Backe zum Schlage hin und kommen doch wieder, wenn sie ein Vergnügen machen oder zum Tanz gehen wollen.

Die Arbeiter sehen daraus, in welchem Ansehen sie bei den Saalbesitzern stehen, und wie sie selbst bei ihren Arbeitgebern und bei der Polizei angeschwärzt werden, nur um mehr öffentliche Tanztage zu bekommen, zu denen die Wirte ja genau dieselben Arbeiter als Gäste gebrauchen, die sie erst denunzieren. So machen es die Herren im Hause. Werden die Arbeiter die richtigen Schlüsse daraus ziehen?

---

hardt verzichtete darauf auf sein geplantes Gastspiel. — In Wien wurde das Intime Theater gesperrt, angeblich weil es keine Konzession habe. Die hatte es aber schon fünf Jahre nicht, und als „Dilettantentheater zu wohltätigen Zwecken" (allerdings eine merkwürdige Sache) auch nicht nötig. Es war auch weniger diese mangelnde Konzession als die 379. Aufführung eines französischen Stückes, das bezeichnenderweise das Bett heißt — was zu dieser drakonischen Maßnahme führte. Der Wiener Statthalterei kann man wenigstens den Mangel an Langmut und Entgegenkommen nicht nachsagen. 370 Mal durften die Liebhaber parvizierter Literatur die Pikanterien des Bettes auskosten. Erst dann schnappte der Hahn ein. Welcher Unterrock dabei tätig war, mögen die Eingeweihten wissen.

Kilolitteratur. Eine Gesamtausgabe der Werke des älteren Alexander Dumas ist in Vorbereitung. Sie soll 269 Romane auf 17 000 Seiten mit 2100 Zeichnungen umfassen und 40 Kilo in leichtem Einbande wiegen. Viktor Hugo wiegt im Buchhandel nur 30 Kilo und Michelet 21.

Ein Genußmensch. „Sehen Sie, dort sitzt mein Freund Pecherl — der hat schon alles mögliche mitgemacht! Zuerst hat er sich beim Radeln die Zähne eingeschlagen, dann beim Fußballspiel ein Schienbein verstaucht, später bei einer Bergpartie mehrere Rippen gebrochen, und letzthin wäre er beim Rudern auf ein Haar ertrunken!" — Na ja, der versteht's halt, das Leben zu genießen!"

Gerechte Entrüstung. Hypermoderner Komponist (zum Publikum, das während der Aufführung seiner Symfonie aus dem Saale flüchtet): „Feiglinge!"

Sonderbare Logik. Frau (zum neuen Dienstmädchen): „. . . . So, so, bei Frau Kanzleirat Gittbein waren Sie vorher! Wissen Sie, ich halte es für furchtbar ordinär, ein Dienstmädchen über ihre frühere Herrschaft ausfragen. . . . Was ein anständiges Mädchen ist, erzählt so alles!"

Es wird was gemacht.

Der Zimmerpolier Edmund Kuhl, Huttenstraße 17 wohnhaft, ist so liebenswürdig, als Streikbrecheragent tätig zu sein, wie folgender an seinen in Langentieth wohnenden Bruder gerichteter Kartenbrief zeigt:

Lieber Bruder kannst du mir nicht 10—15 Zimmerleute u 30—40 Maurer besorgen Stundenlohn 52 Pf. und 10 Stündige Arbeitszeit sieh mal zu was sich machen kütt umsonst thutst du es nicht, können sich hier bei mir oder bei Zimmermeister Bode Melanchtonstraße sofort melden dauernde Arbeit sowie auch Winter Arbeit zugesichert von 1 Oktober 55 Pf. Stundenlohn sind welche gewillt schreib mir oder ich komme hin. Besten Gruß
alles andre mündlich. Edmund
Es wird was gemacht? Kuhl.
brauchen aber keine Angst zu haben

Ob dieser Judasbrief Früchte gezeitigt hat, bezweifeln wir, denn auch in diesen abgelegenen Tälern fangen so langsam die Arbeiter an, heller zu werden und fallen nicht nolens volens ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken. Da muß man schon italienische „Polladen" holen.

Aus dem Volkspark.

Gestern konnte der Verwaltung die Mitteilung gemacht werden, daß die Schlußabnahme des Saalbaues Ende dieser Woche angemeldet werden kann, so daß bis Ende nächster Woche die Abnahme zu erfolgen hat. Dem entsprechend wurde die Eröffnungsfeier endgültig auf Sonnabend, den 13. Juli, anberaumt. Die Schmiede, welche an diesem Tage ein Bergnügen ihrer Gewerkschaft im Volkspark abhalten wollen, werden um Verlegung ihres Festes ersucht werden.

Zur Eröffnungsfeier wird eine Festzeitung herausgegeben werden. Da der Verkaufspreis derselben auf 10 Pf. festgesetzt wurde, obgleich die Ausstattung und die Herstellungskosten einen wesentlich höheren Preis rechtfertigen würden, soll die Auflage nach dem sicheren Absatze bemessen werden. Um nun einen ungefähren Maßstab für die Höhe der Auflage zu gewinnen, werden die Genossen ersucht, durch die Zeitungsträgerin oder auf anderem Wege an die Expedition unseres Blattes einen Zettel gelangen zu lassen, auf welchem etwa steht:

Bestelle hiermit eine Festzeitung.
(Name und genaue Adresse.)'

Es kann nicht garantiert werden, daß diejenigen, welche die kleine Mühe der Vorausbestellung scheuen, ein Exemplar erhalten. — Zur Schlichtung einer Differenz, die anläßlich der Anstellung des Genossen Hinze als Büfettier mit den Kellnern entstanden ist, wird Mittwoch abend eine Aussprache stattfinden.

---

* **Zum Durchbruch der Beyschlagstraße** durch das Grundstück des Seilermeisters Laue ist zu berichten, daß nunmehr, nachdem Einwendungen gegen das Enteignungsverfahren nicht mehr erhoben worden sind, der Bezirksausschuß entscheiden wird. Leider ist damit noch nicht gesagt, daß der Durchbruch in naher Aussicht steht.

* **Verworfen** wurde vom Reichsgericht gestern die Revision des Tischlergesellen Paul Wippert von hier, der am 2. Mai vom hiesigen Landgericht wegen Totschlags seiner Mutter, der auf der Karlstraße wohnenden Witwe Wippert, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Verurteilte hat bis zuletzt die Untat geleugnet, wurde aber auf Grund der Indizienbeweise verurteilt.

* **Von der kaufmännischen Ortskrankenkasse** erhalten wir in bezug auf die in Nr. 139 und 140 gebrachten Notizen folgende Richtigstellung: „Zu dem Artikel „Ein Pendant zur Schließung der Walderholungsstätte" sind mehrfache Unrichtigkeiten enthalten, so daß ihre Schlußfolgerungen unzutreffend sind, weil sie auf falschen Voraussetzungen beruhen. Zunächst ist die Walderholungsstätte am vorigen Sonntage nicht geschlossen sondern nur von den Pfleglingen in wesentlich geringerem Grade als sonst besucht worden.

Wenn die Redaktion das Verfahren bemängelt, welches gegen das Kassenmitglied M. Böhm eingeschlagen worden ist, so beruht das auf Verkennung der Verhältnisse, weil B. der Redaktion nicht mitgeteilt haben wird, daß er wegen mehrfacher Uebertretung der Krankenordnung bestraft worden ist, alsdann in das Diakonissenhaus eingewiesen wurde, woselbst er die Unterbringung pp. wie die Patienten erster Klasse verlangte, seine Zimmergenossen derartig beunruhigte, daß ihn das Krankenhaus nicht behalten konnte und auf Vorschlag unseres Rendanten, weil die Nervenklinik voll belegt war, in die Walderholungsstätte eingewiesen wurde. Bevor dies geschah, mußte der Kassenverwalter ihn auf ärztliche Anordnung darauf aufmerksam machen, daß alle Pfleglinge der Stätte gleiche Rechte und gleiche Pflichten hätten, und Böhm besonders anweisen, der Schwester keine Schwierigkeiten zu machen und sich der Hausordnung unbedingt zu fügen, sowie gegenüber den anderen Pfleglingen ein angemessenes Verhalten zu betätigen. Wenn aber die Redaktion das Fernbleiben von der Stätte schon als genügend entschuldigt ansieht, weil es B. an der weißen Wäsche mangelte, so ist das Ansichtssache; wir können eine solche fadenscheinige Entschuldigung nicht gelten lassen, um so weniger, als B. auch ohne weiße Wäsche oder mit neuer bezw. geliehener Wäsche die Stätte besuchen konnte. B. hat aber weder der Schwester, noch der Kasse, noch dem Arzte von seinem Fernbleiben rechtzeitig Anzeige gemacht, damit die Kasse ihn wenigstens am Sonntag kontrollieren konnte; er hat sich bei seiner zweifellosen Anlage zu Ordnungswidrigkeiten der Kassenkontrolle entzogen, ganz abgesehen davon, daß die Walderholungsstätte die für ihn bestimmte Fleischportion und Milch, um sie nicht verderben zu lassen, anderweit und ohne Dafür berechnen zu können, verwenden mußte.

Unrichtig ist auch ferner die Angabe, daß ihm vom Rendanten eine Mark Strafe abgezogen worden ist, die Strafe wurde durch ordnungsgemäß gefaßten Vorstandsbeschluß verhängt.

Endlich ist unrichtig, daß nicht mit gleichem Maße gemessen wird. Das andere Mitglied, das drei Tage gefehlt hat, war bettlägerig krank, konnte vom ersten Fehltage an kontrolliert werden und lag daher ein Grund zur Bestrafung nicht vor."

Hierzu wollen wir nur bemerken, daß wir in den betr. Notizen weder einen Namen genannt haben, noch davon die Rede ist, daß der betr. Patient wegen Wäschemangel nicht in die Erholungsstätte gehen konnte. Im übrigen ist es nicht jedermanns Sache, ohne weiße Wäsche auf die Straße zu gehen, solche zu borgen ist nicht jeder in der Lage und neue kaufen kann nur der, der Geld dazu hat. Einem Patienten mit 1,50 Mark Krankengeld pro Tag bleibt u. E. aber kein Geld für Ankauf von Wäsche übrig. Im übrigen mag noch den gemachten Darstellungen, woran wir zu zweifeln keine Ursache haben, die Kasse formell im Rechte sein, aber ob es nötig war, wegen einmal Fehlens, wo die Entschuldigung am Montag angebracht wurde, 1 Mark Strafe zu verhängen, das zu entscheiden wollen wir uns versagen, denn da kommt selbstverständlich unsere Meinung mit der der Kassenleitung in Kollision.

* **Selbstmord** beging gestern abend 8 Uhr der Arbeiter Karl Heine, indem er sich aus seiner Gr. Märkerstr. 3 belegenen Wohnung herab auf die Straße stürzte. Er erlitt hierbei einen Schädel- und Schenkelbruch, an deren Folgen er kurz darauf verschied. Eine zu verbüßende Gefängnisstrafe von vier Wochen dürfte als Motiv des Selbstmordes anzusehen sein, denn seine Kollegen haben schon seit einer Woche, wo er die Aufforderung zum Strafantritt bekommen hatte, ein verstörtes Wesen an ihm bemerkt.

* **Einen Mordversuch** verübte der 19jährige Bäckergeselle Otto Heine an dem Bäckermeister Rudolf Schirmer, indem Heine seinen Prinzipal durch Beilhiebe am Kopfe schwer verletzte. Ob der Täter einen Raub beabsichtigte, ist noch nicht festgestellt. Der flüchtig gegangene Bursche stellte sich am Morgen der Polizei selbst.

* **Wie ein Widerstand gegen die Staatsgewalt erzeugt werden kann,** konnte man wieder am Sonnabend gegen ½7 Uhr abends in der Ludwig Wuchererstraße wahrnehmen, wo der Polizist Nr. 52 einen älteren Mann anscheinend wegen Bettelei verhaftete. Der Mann konnte schlecht gehen, was den Polizisten wahrscheinlich veranlaßte, den alten Mann beim Genick zu fassen und im schnellen Tempo vor sich her zu schieben, sodaß dem alten der Schweiß auf die Stirn trat, und trotzdem derselbe bat, ihn doch loszulassen, er würde schon mitkommen und sich seines Widerstands schuldig machen. Außerdem mußte doch der Polizist sehen, daß dieser alte gebrechliche Mann nicht entwischen konnte. Möchten doch unsere Sicherheitsorgane solche Maßnahmen unterlassen, welche bloß dem Publikum resp. Bürgertum Aergernis geben.

* **Gefunden** wurde die Leiche des in der Sonntag-Nacht ertrunkenen Studenten an der Kröllwitzer Brücke. Die Leiche des so jäh aus dem Leben Geschiedenen, der das erste Semester studierte und als ein äußerst solider Mensch geschildert wird, wird nach seiner Heimat überführt.

Ammendorf, 25. Juni. (E. B.) Ein der Ferienkolonie entflohener Soldat des in Merseburg garnisonierenden Inf.-Reg. Nr. 36 wurde hier in Rammelts Restaurant vom Barbier Henckel aufgegriffen (?), worauf der Amtsdiener den Deserteur nach Merseburg transportierte. Seit wann leistet ein Barbier denn freiwillige Polizeidienste? Zur Verhaftung von Deserteuren usw. ist doch gerade genügend Polizei vorhanden, da braucht ein Privatmann nicht noch ins Handwerk zu pfuschen. Die Polizei geht doch auch nicht seine Kundschaft rasieren.

Wallwitz, 24. Juni. Vor kurzem wurden aus einem Dynamitlager am Petersberge drei Zentner Dynamit gestohlen. Jetzt wurden in einem Teiche zwei Zentner davon wieder gefundn. Wo der andere Sprengstoff geblieben ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Aus den Nachbarkreisen.

Zum Kreistag.

Zeitz, 24. Juni. (E. B.) Zu dem bereits veröffentlichten und in heutiger Nummer an anderer Stelle wiederholten Aufruf des Zentralvorstandes ist noch folgendes zu bemerken:

Auf dem Fragebogen soll bei der Frage „Presse" auch die Zahl der gelesenen Gleichheiten, des Vorwärts und anderer Parteizeitungen angegeben werden. Auskunft hierüber, wie auch über den Stand des Volksblattes, ist bei dem Expedienten einzuholen.

Bei der Frage „Wahlen" sind zugleich die Namen und Adressen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter resp. Stadtverordneten genau anzugeben.

Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten soll in jedem Orte genau festgestellt und nach Branchen geordnet angegeben werden. Genaue Feststellungen sind um so notwendiger, weil das statistische Material dem Bezirkssekretär überwiesen wird.

Bis zum 7. Juli muß die Zahl der zur Verteilung gelangenden Berichte angegeben sein. Hoffentlich wird jedes Mitglied den Bericht seines Wahlkreises anschaffen. Der Preis wird höchstens 10 Pfennig betragen.

Der Zentralvorstand.

Unter der liberalen Aera.

Zeitz, 24. Juni. (E. B.) Die Zustände im Deutschen Reiche sind nach dem Niederritt im Januar für die Arbeiter besonders glänzende geworden. Politisch will man die Arbeiter niedergeritten haben, wirtschaftlich versucht man es auch mit dem Reiten. Die Herren „Liberalen", die vor dem 25. Januar so schön um den Arbeiter herumschwänzelten, die das Blaue vom Himmel heruntergeholt und dem Arbeiter gegeben hätten, wenn sie dafür seine Stimme erhielten, schlagen jetzt eine ganz andere Sprache an. Sie scheinen sich zu „fühlen", oder aber sie suchen Vergeltung an den Arbeitern zu üben dafür, daß sie von „oben" mit Fußtritten bedacht werden. Nun können die „Liberalen" allendings der Arbeiterschaft, d. h. den Organisationen derselben, nicht schaden. Das fühlen sie auch, und so schikanieren sie die einzelnen Arbeiter, über die sie wirtschaftlich die Macht haben. Nach diesem Rezept scheint auch der Besitzer der Fahrradfabrik Bescherer zu handeln. Der Herr ist liberaler Stadtverordneter und hat auch sonst noch einige Posten und Pöstchen im liberalen Sinne zu verwalten. Auch als Arbeitgeber hielt man den Herrn bisher für ein wenig liberal. Jetzt hat aber mancher seine Meinung revidiert, und zwar gab folgender Vorfall hierzu Veranlassung.

Bei der Firma wurden bisher die sogenannten Hundemarken sieben Minuten nach Beginn der Arbeit weggenommen. Mit dieser Beschäftigung war ein 14jähriger Junge, der im Kontor tätig ist, betraut. Dieser nahm nun eines Tages die Marken, nach Aussage der Arbeiter, Maschinisten und des Meisters, zwei Minuten nach Beginn der Arbeit weg. Ein 35jähriger Schmied stellte den Jungen darüber zur Rede, erhielt aber die schnodderige Antwort: „Ich mache das, wie ich will. Auch habe ich keine Sch . . . . in den Augen." Der Schmied beantwortete diese Flegelei des Kontorjüngelchens mit der Aeußerung, er würde ihm eine hinter die noch nassen Ohren geben. Das ist der Vorfall selbst. Ob der Junge zum früheren Wegnehmen der Marken von dritter Seite aufgefordert worden ist, wissen wir nicht, es tut aber auch nichts zur Sache.

Kurze Zeit später wird der Schmied ins Kontor gerufen. Hier wird ihm eröffnet, daß er entweder sofort aufzuhören oder aber bei dem Jungen Abbitte zu leisten und außerdem eine Mark Strafe zu zahlen hätte! Der Junge war zugegen, als man dem Schmied dieses Ansinnen stellte. Selbstverständlich war der Mann aber nicht ehrlos genug, um sich vor einem solchen unreifen Bur-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0006

schen zu demütigen. Als der Meister zugunsten des Schmiedes einsprang und dem Fabrikanten erklärte, daß der Junge die Marken zu früh weggenommen habe, erklärte Herr B.: „Diese Schmuserei (des Meisters) mit den Arbeitern kenne ich. Er glaube dem Bueschen mehr wie allen andern!" So behandelt Herr B. „seine" alten Leute, nur weil ein Junge auf eine dumme Redensart die richtige Antwort erhielt!

Damit ist jedoch die Sache noch nicht zu Ende. Dem langjährigen Gewerbegerichtsbeisitzer Bescherer mochte wohl die Ahnung aufsteigen, daß er dem Arbeiter bei sofortiger Entlassung den Lohn für vierzehn Tage hätte auszahlen müssen. Denn als Entlassungsgrund wird wohl kein Gewerbegericht den mitgeteilten Vorfall ansehen. So ging denn Herr B. an den Schmied heran und forderte ihn auf, noch vierzehn Tage zu arbeiten. Er solle sich aber Mühe geben, brav zu sein, sonst schmeiße er ihn doch noch heraus.

Die Anschauung des Herrn B. kennzeichnet die seiner ganzen Klasse. Am liebsten würden diese „liberalen" Herren den Arbeiter mit Feuer und Schwert ausrotten, wenn man sie nicht so notwendig zur Erzeugung von Profiten haben müßte. Herr B. freilich sorgt schon dafür, daß er nicht allzu viel widerspenstige Arbeiter in seinem Betriebe erhält. Er beschäftigt neben acht erwachsenen Arbeitern acht Lehrlinge und drei Arbeitsburschen. Diese jugendlichen Menschen lassen sich ja williger ausbeuten als die älteren Arbeiter. Ob dabei etwas gelernt wird, ist Nebensache, oder meint Herr B. etwa, daß monatelanges Kohlenschippen für einen Lehrling nützlicher sei als die Arbeit am Schraubstock?

Die „Liberalen" versuchen jetzt auf verschiedene Art, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und sie zu folgsamen Schäflein des Liberalismus zu machen. Mag jeder Arbeiter, wenn ihm die „liberalen" Agitatoren die Ohren voll blasen, daran denken, wie die sich liberal nennenden Arbeitgeber handeln. Dann wird schon jeder von selbst den richtigen Weg finden und zwar den Weg, der ihn zur Befreiung von der Herrschaft solcher „liberalen" Leute führt!

Noch etwas zur Wasserversorgung.

Osterfeld, 28. Juni. (E. B.) Zur Ergänzung unserer Notiz in Nr. 141 bringen wir heute noch einige „Schönheiten" unserer Wassersteuerung. Die Tochter eines Genossen ist Ostern v. J. aus der Schule gekommen. Sie ging in Stellung, meldete sich jedoch bei der Behörde ordnungsgemäß ab. Nach sieben Monaten kommt sie zurück und erhält — den Steuerzettel über das Wassergeld. Das wäre nun nichts neues, aber das Mädchen soll auch Wassergeld für die Zeit bezahlen, wo es gar nicht in Osterfeld war! Der Vater geht zum „Genossen" Bürgermeister Jaeckel und erkundigt sich, ob denn die Sache so stimmen könne. „Ja," meinte dieser, „ich muß auch für meine Kinder Wassergeld zahlen, obgleich sie nicht da sind." Die Kinder unseres „Genossen" sind nämlich in Pension oder sonstwo. Ein anderer Fall. Eine hier wohnende Familie verzieht von hier am 1. Oktober v. J. Das Wassergeld aber muß bis 1. April d. J. bezahlt werden. Weiter. Die Tochter einer alleinstehenden Frau verläßt die Schule und bleibt nur noch 14 Tage zu Hause. Trotzdem muß das volle Wassergeld gezahlt werden. Es herrscht, wie man sieht, eine kunstvolle Berechnung im Reiche unseres bürgermeisterlichen „Genossen". Ob sie aber so ganz und gar zu Recht besteht, wagen wir zu bezweifeln. Der Beschluß in der Wassergeldfrage lautet doch wohl: pro Kopf und Tag 20 Liter Wasser. Wenn aber nun, wie in obigen Fällen, der „Kopf" überhaupt nicht da ist, wie kann man denn da noch Wassergeld fordern? Das kann nur einer verstehen, der so „klug und weise" ist, wie der Bürgermeister von Saardam.

Aber auch in anderer Beziehung hat man hier eigenartige Ansichten. Eines von den beiden Mädchen, an denen der Maurer Dickmann seine Sittlichkeitsverbrechen beging, will unser Bürgermeister in Zwangserziehung bringen. Das ist nicht weiter auffallend, trotzdem wohl mancher gern die Gründe dazu wissen möchte. Der Fall aber gibt uns Anlaß, einmal einen andern zu erörtern. Vor Jahren hatten zwei Jungen einige Dummheiten begangen. Die beiden kamen in Zwangserziehung, weil ihre Eltern keine Kinder erziehen könnten. Von Die Eltern des einen Jungen erhielten nun aber ein sogenanntes Ziehkind in Pflege! Dafür erhielten sie jährlich 90 Mk. abzüglich des Wassergeldes. Wie verhält sich das nun? Den eigenen Sohn nimmt man den Eltern, weil sie angeblich keine Kinder erziehen können, fremde Kinder aber gibt man ihnen zur Erziehung! Oder hat man, als das Ziehkind in Pflege gegeben wurde, mehr auf den Mindestfordernden gesehen? Es gibt Leute, die auch hierüber nicht klug werden können.

Es ist eine Lust zu leben, sagte man nach der letzten Reichstagswahl. Ja, das ist es auch, und besonders in Osterfeld!

Zeitz, 24. Juni. (E. B.) Ausflug. Am Sonntag, den 30. Juni, macht der Sozialdemokratische Verein einen Ausflug nach Beralsdorf. Daselbst findet für die Mitglieder ein Freitanzchen statt. Alle Mitglieder sollen sich beteiligen und ein paar fröhliche Stunden gemeinsam verleben. Weiteres wird noch bekannt gegeben.

Naumburg, 24. Juni. (E B.) Noch eine „lausige" Geschichte. Vor einigen Tagen berichteten wir über eine Gewerbegerichtsverhandlung, in welcher festgestellt wurde, daß Läuse kein Grund zum sofortigen Verlassen der Arbeit sind. Höchstens als Kündigungsgrund können die Tierchen dienen. Wir können heute abermals ein Geschichchen berichten, welches auch in der Kammfabrik der Gebr. Müller spielt und bei welchem ebenfalls die Läuse in Betracht kommen. Man scheint dort wieder einmal das Bedürfnis zu haben, Auslese unter den Arbeitern zu halten. Früher besorgte dieses Geschäft der ältere der Herren Müller, jetzt hat man einen andern zur Hilfe herangezogen. Der ehemalige Bieger, jetzige Bizechef Kötteritzsch, zählt das Sortieren zu seinen Pflichten. Veranlassung zu der Auslese gaben eben die kleinen schon genannten Tierchen. Einige Arbeiter bemerkten die Anwesenheit der lieblichen Biecher und entdeckten auch die Besitzerin derselben. Wenn man nun aber glaubt, daß diese aus dem Betriebe entfernt wurde, so irrt man. Vielmehr mußte der Entdecker den Betrieb verlassen. Weshalb? Nun, darüber spricht man verschiedenes. Bemerkt sei dazu, daß die unglückliche Besitzerin der Tierchen im vorigen Jahre einen Selbstmordversuch wegen einer eingebildeten Krankheit unternahm. Herr K. wird ja darüber am besten Bescheid wissen. Wie es überhaupt in dem Betriebe zugeht, zeigt eine Aeußerung, die K. dem entlassenen Arbeiter gegenüber tat, nachher aber abstritt. K. sagte, daß Herr Müller ihn angeschnauzt habe, weil er (K.) die Leute nicht genügend anschnauze! Herr M. meint nämlich, daß die Anschnauzerei den Respekt vor K. erhöhen würde! Ja, warum sucht denn aber die Firma fortgesetzt Arbeiter? Doch wohl nur des Respektes wegen? Von den Löhnen wollen wir nicht reden. Gesagt sei nur, daß die Arbeiter von ihrem Lohne „herrlich und in Freuden" leben können. Sekt trinkt jeder schon zum ersten Frühstück.

Die Arbeiter aber sollen dafür sorgen, daß „ehe sie über Bord gespült" werden, gewissen Leuten das Handwerk gelegt wird. Und zwar kann hier nur die Organisation helfen. Sorgt dafür, daß jeder ihr angehört, dann wird es auch in diesem Betriebe anders.

Teuchern, 24. Juni. (E. B.) Wie die Innungen sich helfen. Ein Junge aus Wählitz, der Ostern die Schule verlassen hat, trat beim Barbierherrn Simon in die Lehre. Laut Lehrvertrag hat der Vater jährlich 25 Mark Lehrgeld und außerdem alles andere, wie Werkzeug, Aufdingen bei der Innung rc. zu bezahlen. Die ersten vier Wochen — also bis 1. Mai — galten als Probezeit. Während dieser Zeit stand es jedem der beiden Kontrahenten frei, ohne weiteres vom Lehrverhältnis zurückzutreten. Dies geschah auch, denn der Junge hatte keine Lust zu dem Handwerk. Drei Tage vor Ablauf der Probezeit nahm ihn der Vater wieder aus der Lehre. Nun hat aber der Vater während der Zeit dem Barbierherrn 40 Mark auszahlen müssen. Darunter befinden sich aus 15 Mark für das Aufdingen bei der Innung. Der Mann ist sein Geld los und wird wohl nichts wieder davon zu sehen kriegen. Wie aber das Aufdingen schon während der Probezeit geschehen konnte, ist uns ein Rätsel. Für gewöhnlich werden doch derartige — übrigens sehr überflüssige — Bestimmungen erst nach endgültiger Abschließung des Lehrverhältnisses innegehalten. Die Innung scheint aber schwach bei Moneten zu sein und deshalb nimmt man's, wo man es erhalten kann.

Teuchern, 24. Juni. Beim Parteifest sind dem Genossen R. Lubert, Wildschütz, zwei Bilder mit den Photographien Bebels resp. Bebel, Liebknecht und Lassalle abhanden gekommen. Er nimmt an, daß die Bilder aus Versehen mitgenommen sind und bittet, sie im Konsumverein zu Wildschütz abzugeben.

Holzstätz, 24. Juni. Ein Roheitsakt. In der Nacht zum Sonntag durchzog ein Trupp junger Burschen unser Dorf und verübte einen derartigen Lärm, daß fast alle Bewohner aus dem Schlaf geweckt wurden. Aber damit noch nicht genug. Die Rohlinge gingen zum Friedhof und verübten dort allerhand Unfug. Das Tor wurde durch Herausreißen von Stäben beschädigt. Durch die Oeffnung krochen die Burschen hindurch und demolierten dann mehrere Gedenksteine. Ein Denkmal ist vollständig zerstört. Den Tätern ist man auf der Spur. Allzu leicht werden sie wohl nicht davon kommen.

Neue Besen kehren gut.

Schkeuditz, 24. Mai. (E. B.) Vor einigen Monaten wurden hier auf einmal fünf Schutzleute neu eingestellt. Ihre Arbeit besteht darin, daß sie jeden „armen Reisenden", der beim Fechten erwischt wird, ins Gerichtsgefängnis abliefern. Daher vergeht jetzt auch kein Gerichtsverhandlung, in der nicht gegen eine Anzahl „Bettler" verhandelt wird. Die Hausbesitzer haben ebenfalls ihre helle Freude an den neuen Schutzleuten. Wegen schlechten Reinigens der Straße hagelt es Strafmandate. Das Landgericht erhält Arbeit. Jedoch nicht nur auf „Bettler", ungereinigte Straßen ist das Augenmerk der Beamten gerichtet, sie sorgen auch dafür, daß Schteuditz einen Weltruf erlangt. Den Vereinen macht man jetzt das Leben recht schwer. Fast keiner kann mehr ungestraft einen Ausflug veranstalten. Jeder harmlose Ausflug wird als verbotener Umzug angesehen, der eventuell den Staat und die Stadt umzustürzen in der Lage ist. Ein Beispiel für viele. Am 1. Pfingstfeiertage veranstaltete der Arbeiterturnverein einen Ausflug. Wie früher, so zogen auch diesmal die Turner mit ihren Familien vom Bürgergarten mit Musik aus. Die letzten Turner hatten das Grundstück des Lokals noch nicht verlassen, da erschien schon ein Schutzmann auf der Bildfläche und rief nach echt preußischen Manier ein donnerndes Halt! Da man in Schkeuditz bisher derartiges nicht gewohnt war, so erfolgte das „Stillgestanden" nicht so prompt, wie es im preußischen Heere. Der Schutzmann steckte eine ernste Miene auf, und wenn ein Schutzmann ernst dreinschaut, dann gibt's Strafmandate und Prozesse.

Am Abend kehrten nun die Turner, denen sich noch eine Anzahl Arbeiter angeschlossen hatte, zurück und zwar auf einem anderen Wege. Doch die Polizei ist wachsam. Derselbe Schutzmann war auch hier wieder zur Stelle und ließ sein Halt ertönen. Trotz des Vorfalles am Vormittag hatten die Turner noch nichts von der „affenartigen Geschwindigkeit" des preußischen Heeres gelernt. Der Schutzmann wollte dies den schwerfälligen Menschen beibringen und zog seine Plembe heraus. Ein Arbeiter bat den nervösen Herren, doch den Säbel, der da haut, wieder einzustecken. Nutzte nichts. Erst als ein zweiter Schutzmann anlangte und seinen Kollegen dasselbe riet, steckte dieser das Seitengewehr ein. Die Folge dieses Vorfalles war — ein Prozeß gegen den Arbeiter, der dem Schutzmann den guten Rat gab. Eine Beschwerde beim Bürgermeister hatte keinen Erfolg. Es könne jetzt keine Untersuchung stattfinden, weil der Prozeß schwebe. Man wird also abwarten müssen.

Es ist seltsam, daß die neuen Schutzleute in den oben angeführten Fällen so „forsch" auftraten, während man bei anderen Gelegenheiten es nicht so eilig hat. In der Halleschen Straße z. B. kann man oft beobachten, daß auswärtige Handelsleute nachts die Wagen in der Straße stehen lassen. Der Fahrdamm ist dort nur sieben Meter breit, so daß andere Geschirre stets Gefahr laufen, mit den stehenden Wagen zu karambolieren. Hier hat man noch nichts von einem Einschreiten der Polizei gehört.

Die fünf Schutzleute haben eine viermonatliche Probezeit durchzumachen. Es scheint, als ob sie den Beschäftigungsnachweis durch recht viele Anzeigen erbringen wollen. Die Arbeiter und ein großer Teil des bürgerlichen Publikums haben aber darüber eine andere Ansicht. Allzu scharf macht schartig, das mögen auch die Herren bedenken!

Torgau, 24. Juni. Wegen Herausforderung zum Zweikampf ist am 27. November v. J. vom Landgerichte der Reservedar Alfred Welich verurteilt worden, wegen Annahme der Forderung der Rechtsanwalt Ernst Blumke. Nur der letztere hatte Revision eingelegt. Er behauptete, er habe den Zweikampf freiwillig aufgegeben und sei deshalb nach § 204 Str.-G.-B. straffrei. Der Rückritt sollte darin liegen, daß er die Entscheidung, ob der Zweikampf stattfinden solle, einem Ehrengerichte überlassen hat und daß dieses gegen den Zweikampf entschieden hat. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision, da § 201 die Annahme der Forderung bestraft und die Annahme nicht durch die Intervention des Ehrengerichtes suspendiert war.

Stolberg, 24. Juni. (E. B.) Arme Leute! Vor ungefähr drei Wochen ereignete sich hier ein Vorfall, der so recht bewies, wie nötig die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung auf Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung resp. Geburtshilfe ist. Die Frau eines Arbeiters stand vor ihrer Entbindung. Sie schickte zur Bezirkshebamme und ersuchte um Hilfeleistung. Vergeblich! Die Leute sind nämlich arm und schulden der Hebamme noch die Gebühren für frühere Entbindungen. Die Hebamme wies die Hilfesuchenden ab mit dem Bemerken, sie sei nicht wohl und könnte nicht kommen. Der Mann der Schwerkranken ging später nochmals hin, wurde jedoch wieder abgewiesen. Trotz des Versprechens, daß er zahlen wolle, ging die Frau nicht mit! Der Mann ging nun zum Bürgermeister, und dieser ordnete an, daß die Hebamme sofort ihre Pflicht tun solle. Die Frau klagte das jedoch nicht und ging selbst zum Bürgermeister. Dieser war jedoch nicht mehr anwesend. Sie ging zum stellvertretenden Stadtoberhaupt. Während sie dort verhandelte, erschien der Arzt und hat sie gleichfalls, doch Hilfe zu leisten. Da endlich ließ sich die „hilfreiche" Frau bewegen, zu der Schwerkranken zu gehen. In der Zwischenzeit konnte aber die Kranke schon tot sein. — Arme Leute, die kein Geld haben, um die Geburtshilfe zu bezahlen, mögen „eingehen", wie der Dernburgsche Ausdruck lautet. Die Sozialdemokratie, welche für die Armen eintritt und deren Forderungen, wie dieser Fall ja genügend beweist, durchaus berechtigt sind, wird niedergeritten. Trotzdem aber wagt man vom Zeitalter der „Humanität" zu sprechen. Man mag ruhig so weiterarbeiten, die Folgen werden nicht ausbleiben.

Soziales.

— **Deutschlands Schienenexport** betrug in den Monaten Januar bis April in Doppelzentnern:

1900	496 776
1901	498 546
1902	876 904
1903	1 465 415
1904	781 970
1905	832 998
1906	1 037 925
1907	1 238 454

Die Zunahme der Schienenausfuhr gegenüber 1906 beträgt 195 529 Doppelzentner, gegenüber 1900 736 678 Doppelzentner. Ganz besonders hervorzuheben ist die Zunahme, die der Export nach Argentinien genommen hat. Gegen 145 481 Doppelzentner in der Zeit von Januar bis April 1906 wurden in diesem Jahre bereits 313 031 Doppelzentner ausgeführt. Des weiteren sind Belgien und die Schweiz mit erheblichen Mehrmengen zu nennen. Nach den wichtigsten Ländern gestaltete sich nämlich die Ausfuhr deutscher Schienen in den Monaten Januar bis April der letzten beiden Jahre in Doppelzentnern wie folgt:

	1906	1907
Belgien	31 936	93 938
Großbritannien	139 090	50 403
Schweiz	62 462	127 042
Argentinien	145 481	313 031
Mexiko	32 955	92 300

— **Der Achtstundentag in einem städtischen Betriebe.** Der Stadtrat von Mannheim hat beschlossen, den in den städtischen Betrieben beschäftigten Heizern den Achtstundentag zu gewähren.

Aus dem Reiche.

Berlin. Selbstmord eines Landwehrmannes. Der zu einer vierzehntägigen Uebung eingezogene Landwehr-Unteroffizier, Kaufmann Heinrich Brothan aus Goslar, verübte Selbstmord, indem er sich einen Stich in die Brust beibrachte und die Kehle durchschnitt. Brothan war seit vier Jahren verheiratet und Vater eines zweijährigen Töchterchens. Das Motiv zu der Tat ist nicht bekannt.

Posen. Großfeuer vernichtete einen großen Teil des Vergnügungs-Etablissements im Zoologischen Garten. Die Raubtiere, deren sich große Unruhe bemächtigte, wurden durch das energische Eingreifen der Feuerwehr vor Vernichtung bewahrt.

Trier. Typhus in der Kaserne. Von den an einem typhusähnlichen Fieber erkrankten Soldaten des 161. Regiments liegen noch 20 Mann im Lazarett, hauptsächlich Leute vom 1. Bataillon. Das Verlassen der Kaserne ist allen Soldaten streng untersagt.

Frankfurt a. M. Zwei Selbstmorde. Die Verkäuferin Schwabe wurde in ihrem Zimmer röchelnd am Boden liegend aufgefunden. Neben ihr lag ein geleertes Lysolfläschchen. Das Mädchen, welches die Tat aus unglücklicher Liebe getan haben soll, ist gestorben. — Die Telegraphistin Hennig wurde im Bette liegend, mit einer tiefen Schnittwunde aufgefunden. Die Schwerverletzte, die sich die Verletzung selbst beigebracht hatte, wurde in das Krankenhaus gebracht.

— **Vergiftung durch süße Speisen.** In Bilbel erkrankten 44 Kinder der dortigen städtischen höheren Töchterschule unter Vergiftungserscheinungen. Sie hatten auf einem Ausfluge süße Speisen gegessen. Die Kinder befinden sich bereits außer Lebensgefahr.

Wiesbaden. Vom Auto. Bei Ketternschwalbach rannte ein Automobil infolge zu schnellen Fahrens um eine gefährliche Kurve mit voller Wucht gegen eine Gartenmauer. Die 60 cm starke Mauer wurde vollständig niedergerissen. Die Insassen, aus Freudenstadt in Württemberg, stürzten hinaus, einer brach den rechten Oberarm, der andre blieb unverletzt. Das Automobil wurde zertrümmert.

Elberfeld. Auch ein Grund zum Selbstmord. Aus gekränktem Ehrgeiz hat sich ein junger Ingenieur erschossen. Der junge Mann, der vorher gedrängt hatte, sich zu erschießen, war von seinen Freunden geneckt worden, daß er keinen Mut hierzu habe.

Buer. Alkoholwirkungen. Mehrere in der Steinmetzstraße wohnende Personen veranstalteten ein Trinkgelage. Als eines der Bierkäßer geleert war, nahm es einer der Arbeiter und warf es auf den Hof. Das Faß fiel in eine Schar Kinder und zerschmetterte einem neunjährigen Mädchen den Kopf. Der Täter ist verhaftet.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle, 24. Juni.

In einem Streit mit dem Vorarbeiter geriet im Monat Mai ein Chausseearbeiter, der deshalb wegen Bedrohung angeklagt war. Der Mann hatte am 14. Mai den Auftrag erhalten, Kies auszubreiten. Da er diese Arbeit nicht nach Wunsch des Vorarbeiters ausgeführt haben soll, wurde er zur Rede gestellt. Darauf soll der Chausseearbeiter wütend geworden sein und den Vorarbeiter mit Totschlag bedroht haben. Dann erfolgte die Aufforderung zum Verlassen der Arbeit, infolgedessen der Arbeiter eine Axt ergriffen haben soll, um dem Vorarbeiter angeblich den Schädel zu zertrümmern. Der Vorarbeiter wehrte ab und stieß jenen Wegner zu Boden, daß dieser sich einen Arm ausrugelte und die Hellanstalt Bergmannstrost aufsuchen mußte, wo er längere Zeit behandelt wurde. Der Angeklagte bestritt, den Vorarbeiter bedroht zu haben und behauptete, er sei von diesem ohne Anlaß geschlagen und zu Boden gestoßen worden. Der Vorarbeiter sagte, er habe den Angeklagten, als er am Erdboden lag, nur die Backen gestrichen; daß sich der Arbeiter den Arm ausrugelte, könne er nicht dafür. Ein Mitarbeiter des Angeklagten sagte belastend für diesen aus und meinte, Angeklagter habe schon vorher immer gesagt: „Heute passiert noch etwas." Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe entgegen dem auf 60 Mark lautenden Strafantrag.

Unwürdig der Maifeier benahm sich ein 22jähriger Schlosser, der am Nachmittage des 1. Mai mit noch drei Arbeitern die Nikolaistraße entlang ging und ohne Anlaß einem an den Kanalarbeiten beschäftigten Arbeiter den Schippenstiel zerkrat. Als man ihn zur Rede stellte, wurde er noch frech und warf einen Arbeiter zu Boden. Einem nunmehr zu Hilfe herbeigeholten Polizisten leistete er Widerstand. Der Schlosser mußte jene Niedrigkeit schließlich zugeben. Seine drei Begleiter waren wegen Verübung groben Unfugs angeklagt, weil sie mit ihren Spazierstöcken auf dem Werkzeugkasten der Kanalarbeiter herumgetrommelt haben sollten. Das Gericht sprach jene drei Angeklagte jedoch frei, verurteilte aber den Schlosser zu 55 Mk. Geldstrafe. — Der eine Angeklagte wünschte öffentlich im Gerichtssaal, die Sache nicht in der Presse zu veröffentlichen. Darauf können wir uns selbstverständlich nicht einlassen. Es wäre besser, die Arbeiter, mögen sie zu uns gehören oder nicht, unterlegen solche Rüpeleien.

Eine große Roheit beging am Abend des 27. Mai ein 21jähriger Arbeiter in der Ludwigstraße. Als dort auf dem Bürgersteige ein junger Mann mit seiner Frau und einer Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0007

käuferin vorüberging, riß der Angeklagte die Frau ohne Anlaß von dem Arme des Mannes los. Während der geduldige Kaufmann ruhig seines Weges ging, sagte die junge Verkäuferin zu dem Rüpel: „Schämen Sie sich denn gar nicht?“ Diese Redewendung veranlaßte nun den Burschen, der Verkäuferin mehrere Faustschläge ins Gesicht zu versetzen, so daß deren Mund blutete und ihr der zweite obere linke Schneidezahn ausgeschlagen wurde. Friedliche Leute in solcher Weise zu überfallen, ist eine Gemeinheit. Der Angeklagte wurde zu nur 40 M. Geldstrafe verurteilt.

Antisemitische Anwandlungen gaben den Ausgangspunkt zu einem Exzeß, der einen hiesigen Kaufmann auf die Anklagebank brachte. Der „teutsche Mann“ hatte seit Jahren mit einem jüdischen Kaufmann in Geschäftsverbindung gestanden und die Verbindung abgebrochen, da er dem „Juden“ wegen unregelmäßiger Zahlung Waren nicht mehr liefern wollte. Am 20. April kam der jüdische Kaufmann aber dennoch wieder in den Laden des Lieferanten und verlangte einen Hemdenstoff, von dem er früher schon bezogen hatte. Er wollte mit dem Stoff einen früheren Kunden bedienen. Als der jüdische Herr vor dem Ladentisch stand, soll dann der Lieferant die ihm von seiner Verkäuferin gereichte Stoffprobe in die Hand genommen und gesagt haben: Wissen Sie, die riecht aber nach „Knoblauch“. Der Käufer wurde darüber natürlich erregt; der Lieferant soll dann den Käufer auch noch Stinkjude genannt und ihm angekündigt haben, ihn die Treppe hinunterzustürzen, wenn er nochmal ins Geschäft komme. Waren wollte er ihm nicht mehr verkaufen. Dabei soll der Angeklagte den Kaufmann noch mit Totschlag und Genickbrechen gedroht haben. Etwa 14 Tage später, am Abend des 1. Mai, gegen 1/411 Uhr, begegneten sich die „beiden Freunde“ auf der Wuchererstraße. Der Jude, der am Husten litt, spie aus und der Teutsche fegte mit den Worten: „Sie Jude, wie können Sie vor mir ausspucken“, auf ihn los und griff ihn an die Kehle. Dann schlug der Angeklagte seinen Gegner einige Male mit dem Spazierstock über den Kopf, daß eine erhebliche Beule entstand und der Hut des Getroffenen zertrümmert wurde. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb der Mißhandelte denn nicht mit dem Schirm, den er in der Hand gehabt, wieder geschlagen habe, entgegnete der Zeuge unter großer Heiterkeit, der Schirm sei noch ganz neu gewesen. Zeuge habe doch nicht mit seinem schönen teuren Schirm von Seide zuschlagen können. Der Angeklagte habe ihn nur aus Haß gegen den jüdischen Glauben derartig behandelt. Der Angeklagte bestritt dies jedoch und meinte, er habe seinem früheren Abnehmer das Betreten des Ladens untersagt, weil der Herr sich durch Aufdringlichkeit lästig gemacht habe. Am betreffenden Abend habe er ihn Lump geschimpft; daraufhin hätte er erst zum Stock gegriffen. Die Worte: „Sie Jude, kommen Sie mit in eine dunkle Ecke, da schlage ich Sie tot,“ habe er nicht gesagt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten aber wegen Beleidigung in zwei Fällen und Körperverletzung zu 165 Mk. Geldstrafe und zur Zahlung einer Buße an den Beklagten in Höhe von 50 Mark.

Sollte das Urteil auf den Pückleranhänger nicht ernüchternd wirken?

Ein Vogelfänger wurde am ersten Pfingstfeiertage von einem Polizisten dabei betroffen, wie er auf einem Rasenplatze an der Hafenstraße mittels großer Fangnetze den Singvögeln nachstellte. Als der Polizist ihn mitnehmen wollte, sagte er, „mache nur keene Brühe und laß dei Gemüse, die Fesselketten, beiseite.“ Schließlich beleidigte er den Polizisten und leistete heftigen Widerstand. Die Lockvögel wollte er „nur zur Unterhaltung“ und die Fangnetze „zum Flicken“ mit sich genommen haben. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung und Widerstandes zu einem Monat Gefängnis und wegen Uebertretung des Vogelschutzgesetzes zu drei Wochen Haft verurteilt.

Aus den Gemeinden.

Weißenfels, Die letzte Stadtverordneten-Sitzung, bei welcher in gewohnter Weise das Stadtoberhaupt durch Abwesenheit glänzte, bot einiges Interessantes. Gleich der erste Punkt brachte eine unangenehme Ueberraschung, indem der Stadtverordneten-Vorsteher dem Kollegium die Mitteilung machen mußte, daß die vor kurzem eingeführte Filialsteuer in ihrer jetzigen Höhe nicht genehmigt worden sei. Es wurde beschlossen, sich mit weniger zu begnügen und die Steuer doch einzuführen. Ein Rechtsgelehrter der Versammlung äußerte dabei: „Na, da nehmen wir eben das Wenige.“ Womit das Loch im Etat-Soll gedeckt werden sollte, wurde nicht verraten. Den breitesten Raum in der ganzen Sitzung füllte der Punkt 3 der Tagesordnung, Bebauung des alten Seminargrundstückes, aus. Dazu lagen eine ganze Menge Anträge des Magistrats sowie der zuständigen Kommissionen vor. Ein Antrag des Magistrats wollte z. B. das königliche Grundstück Am Kloster, jetzt Klostergarten, bei der Erweiterung der Straße verschont wissen, trotzdem jedermann weiß, daß sich dort im Hofe Wohnräume (Räuberhöhlen) befinden, die alles andere als Wohnräume sind. Das Kollegium lehnte allerdings das Ansinnen des Magistrats ab, wie es auch fast allen andern Magistratsanträgen erging. Recht seltsam mutete es an, daß der Magistrat von seiten des Stadtverordnetenvorstehers ersucht wurde, in Zukunft sich doch in seinen Maßnahmen an die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung zu halten. Am bezeichnendsten war jedenfalls ein Antrag des Stadtv. Hermann, welcher bestimmt festlegen wollte, daß im Punkto Aufteilung des Seminargrundstückes, und besonders bei der Erbauung der Oberrealschule, der Magistrat auch das Kollegium über die ihm zustehenden Punkte befragen solle und nicht in der bisherigen Weise über die Stadtverordneten-Versammlung zur Tagesordnung übergehen möge.

Herr Hermann fand mit seinem Antrage allerdings keine Gegenliebe bei seinen Kollegen. Von allen Seiten wurde ihm angeraten, seinen Antrag zurückzuziehen. Es müssen doch trübe Erfahrungen sein, welche Herrn Hermann zu seinem Antrage verleiteten, aber Zureden half und der Antrag wurde zurückgezogen. Unser Magistrat kann wirklich mit seinen Stadtverordneten zufrieden sein. Recht geschieht den Herren schon, denn sie verdienen wirklich keine andere Behandlung. Wenn aber das Weißenfelser Tageblatt glaubt, der Welt verkünden zu können, daß es zwischen Magistrat und Stadtverordneten keine Differenzen gäbe, so mag es nur seinen Berichterstatter mal im Vertrauen fragen, da wird die Antwort anders ausfallen, als wie auf Kommando ins Blatt geschrieben wird. Die weiteren Punkte, die zur Verhandlung standen, boten wenig Interessantes und wurden ziemlich schnell erledigt, damit die folgende nichtöffentliche Sitzung recht bald beginnen konnte. Uebrigens fällt die jetzt recht Mode gewordene „Nichtöffentliche“ ziemlich auf. Doch der Plebs braucht ja auch nicht alles zu wissen, zumal wenn die Stadtverordneten so wenig zu sagen haben. (22. 6.) H.

Vermischtes.

* **Eine riesige Wasserleitung.** Aus New York wird berichtet: Mit einer kleinen Silberschaufel wird in diesen Tagen der Lordmayor der amerikanischen Metropole in den Catskill-Bergen den ersten Spatenstich tun zu einem Werke, das bestimmt ist, die gewaltigste Wasserleitung der Welt zu werden, die je von einer einzigen Gemeinde in Angriff genommen worden ist. Mehr als 670 Millionen Mark wird das Riesenwerk beanspruchen, durch das die nötigen Wassermengen in einen gewaltigen künstlichen See bei Ashokan geleitet werden. Das Riesenreservoir wird eine Tiefe von 200 Fuß haben und eine Fläche bedecken, die der Ausdehnung der Manhattan-Insel gleichkommt. Von dieser Sammelstelle wird ein gewaltiger, 150 englische Meilen langer Aquädukt ausgehen, groß genug, um die sieben Millionen in New York lebender Menschen mit Wasser zu versorgen. Der Aquädukt wird als ein riesiger überirdischer Tunnel angelegt werden, dabei werden aber auch Hügel durchbrochen werden und bei Westpoint wird die Leitung 1100 Fuß tieftauchen, um unter dem Strombett des Hudson River den Strom zu kreuzen. In New York wird der Aquädukt unterirdisch den East River passieren, Brooklyn durchschneiden und in Richmond, Staten, Island, enden. Als Zeitdauer für die Vollendung dieses gewaltigen Werkes sind acht bis zehn Jahre angesetzt. Acht Dörfer mit mehr als 3000 Einwohnern müssen der Anlage zum Opfer fallen. Der Aquädukt wird zugleich als Automobilstraße angelegt.

* **Fürstenzusammenkunft.** Der Voss. Ztg. zufolge hat König Eduard den deutschen Kaiser zum November eingeladen. Die Antwort Wilhelm II. ist aber noch nicht eingetroffen.

* **Unwetter. Aus Gastein und Innsbruch wird heftiger Wettersturz gemeldet.** Am Sonntag **trat starker** Schneefall **ein; der** Schnee **liegt bis zur Waldgrenze herab. Auf der** Tauernbahn bei **Gastein** sind die Gleise mit Schnee **bedeckt; auch vom** Semmering, **von der Rax** und **dem** Schneeberg **werden starke Regengüsse** bei kalter Temperatur **gemeldet.**

Versammlungsberichte.

Buchdrucker. Die Versammlung des Ortsvereins am 15. Juni befaßte sich zunächst, nachdem wiederum vier Kollegen der Organisation zugeführt werden konnten, mit der Aufstellung der Kandidaten zum Bezirks- resp. Ortsvorstande. Da fast der gesamte Vorstand eine Wiederwahl ablehnte, dauerte es geraume Zeit, ehe die per Urwahl zu wählenden Kollegen gefunden waren. Ein Antrag, die Versammlung möge 1000 Mark zum Ankauf von Anteilscheinen des Volksparkes bewilligen, rief eine längere lebhafte Diskussion hervor. Obwohl einige Kollegen überhaupt dagegen waren und einigen andern die Summe zu hoch erschien, wurde der Antrag doch mit Majorität angenommen, und zwar unter Würdigung der Tatsache, daß den Halleschen Gewerkschaften zu ernster Arbeit kein geeignetes Lokal zur Verfügung steht. Des weiteren war mitbestimmend ein Vorkommnis, welches unsern Gesangverein betraf, dem sogar während eines Vergnügens das Lokal entzogen wurde. — Mit der Feier des Johannisfestes, wie sie der Vorstand geplant hat, war die Versammlung einverstanden. Nachdem noch einige persönliche Angelegenheiten erledigt waren, sowie aufgefordert worden war, sich an dem Empfang der am 7. Juli eintreffenden Leipziger Maschinensetzer rege zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen. G.

Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung Mühlberg. Von den organisierten Tabakarbeitern war am 15. ds. eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen worden, in welcher Genosse **Wenzel**-Zwintschöna einen lehrreichen Vortrag über das Thema: Wert und Aufgaben der Organisationen hielt. Genosse Wenzel verstand es in 1½stündigem Vortrage den Anwesenden die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage klar vor Augen zu führen. Es sei Pflicht eines jeden Arbeiters, sich gewerkschaftlich sowie politisch zu organisieren. Hauptsächlich sei dies auch für die hiesigen Tabakarbeiter notwendig, da sie in letzter Zeit durch einmütiges Vorgehen in einer Fabrik eine kleine Lohnerhöhung erzielt haben, damit diese Lohnerhöhung nicht wieder verloren gehe. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion. Die Genossen Horwitz-Berlin, Klabe und Winkler ermunterten nochmals die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen, danach zu handeln und zu wirken. Am schlechtesten waren die hiesigen Maurer vertreten. Obwohl sie die stärkste Gewerkschaft am Orte sind, waren ganze zwei Mann erschienen. Auch den hiesigen Maurern ist ein Referat über obiges Thema noch sehr dienlich. Hoffentlich ist die nächste Versammlung besser besucht. (21. 6.) W.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Hanau, 25. Juni. Das Gesuch des Arbeiterturnerbundes, zu dem am 7. Juli stattfindenden Turnfeste einen Umzug durch die Stadt zu veranstalten, wurde von der Kreisregierung abgelehnt. Der Turnerbund will sich nun beschwerdeführend an die Regierung wenden.

Mannheim, 25. Juni. Die hier tagende zweite Sitzung des deutschen Buchdruckervereins nahm nach kurzer Debatte den neuen Preistarif für das deutsche Buchdruckergewerbe an. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die den neuen Preistarif in die richtige Form bringen soll. Der neue Tarif soll am 1. Oktober bereits in Kraft treten.

Wien, 25. Juni. Die angekündigte sozialistische Interpellation wegen der Dumaauflösung richtet an das Ministerium die Anfrage, ob das Ministerium gewillt sei, zu veranlassen, daß die östreichischen Bevollmächtigten bei der Friedenskonferenz in Haag beauftragt würden, gegen das Vorgehen der russischen Regierung Verwahrung einzulegen, gegen eine Regierung, die angeblich bestrebt sei, den Frieden der Völker zu einander zu sichern, während sie gegen das eigene Volk blutig-grausamen Krieg führe, ob das Ministerium ferner gewillt sei, gegen das Ansinnen der russischen Regierung, in Oestreich eine Anleihe zu machen, Stellung zu nehmen, event. der Anleihe die Genehmigung zu versagen.

Paris, 25. Juni. Der Kommandant des Mittelmeer-Geschwaders bekam Befehl, sofort in See zu gehen. Auf eine Anfrage seitens einiger Journalisten erklärte der Kommandant, daß er nicht wisse, was das Ziel des geheimen Befehls sei. Die Vermutung, daß das Auslaufen des Geschwaders zur Unterdrückung einer an Bord des Kreuzers Viktor Hugo ausgebrochenen Meuterei sich nötig mache, erwies sich als irrig, da inzwischen die Nachricht einlief, daß der Kreuzer in Madeira wohlbehalten eingetroffen sei.

Montpellier, 25. Juni. Der verhaftete Bürgermeister Dr. Fousielle äußerte zu einem ihm besuchenden Verwandten, daß er mit dem Schritt Marcellin Alberts nicht einverstanden sei, sondern ihn mißbillige. — Das Winzerkomitee tagte unter Vorsitz Marcellin Alberts über zwei Stunden. Albert legte über seinen Schritt Rechenschaft ab und berichtete über die Vorschläge Clemenceaus. Das Komitee nahm schließlich eine Resolution an, in der die Vorschläge Clemenceaus **abgelehnt** wurden. Es wurde im Gegenteil beschlossen, die Bewegung mit aller Kraft fortzusetzen.

— Als die Verteidiger des Winzerkomitees erfuhren, daß eine Subskription vorgenommen wurde, um die Kosten für die Verteidigung aufzubringen, erklärten die Verteidiger, daß sie keinerlei Geldentschädigung für die Verteidigung annehmen würden.

Lyon, 25. Juni. Die jetzt veröffentlichte Verlustliste der Truppen bei der Unterdrückung der Unruhen im Süden weist nach, daß besonders das 19. Infanterieregiment und das 17. Kürassierregiment beträchtliche Verluste gehabt haben, während die Verluste des 10. Kürassierregiments nur geringe sind.

Petersburg, 25. Juni. Das revolutionäre Komitee veröffentlichte wiederum eine lange Liste gefällter Todesurteile gegen hochstehende Persönlichkeiten. Den Häuptern der revoltierenden Militärpartei gelang es zum größten Teile, der drohenden Verhaftung durch die Polizei zu entschlüpfen.

— Zwischen Bauern im Gouvernement Woroneff und Truppen kam es zu einem Zusammenstoß, wobei es viele Tote und Verwundete gab.

— In Jakaterinoslaw brachen neue ernste Unruhen aus. Die angreifenden Kosaken wurden mit Gewehrfeuer empfangen, worauf die Kosaken das Feuer erwiderten, so daß es viele Tote und Verwundete auf beiden Seiten gab.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 25. Juni. Das Reichsamt des Innern ist, der Freis. Ztg. zufolge, in der Weise in zwei neue selbständige Aemter zerlegt worden, daß das eine die eigentliche politische Abteilung, das andere die Arbeitergesetzgebung und Volkswohlfahrt umfaßt.

Berlin, 25. Juni. Graf Posadowsky wird, dem Berl. Tagebl. zufolge, seinen Wohnsitz aus Berlin nach Naumburg verlegen. Während der nächsten Jahre gedenkt er sich auf Reisen zu begeben, um die wirtschaftlichen und vor allem sozialpolitischen Bedingungen fremder Staaten eingehend zu studieren. Sein Weg würde nach Frankreich, Italien, England und Amerika führen.

Berlin, 25. Juni. Der Abgeordnete Erzberger hat gegen den Verteidiger des Herrn v. Bennigsen, Rechtsanwalt Alemann Beleidigungsklage eingereicht.

Beuthen, 25. Juni. Die im Liberkaprozeß zu fünf Jahren Gefängnis verurteilte Frau des Mörders Liberka wurde wegen Meineids in drei Fällen zu insgesamt elf Jahren Zuchthaus verurteilt unter Einrechnung der wegen Teilnahme am Mord zuerkannten fünf Jahre Gefängnis.

London, 25. Juni. Aus Leon (Chile) wird telegraphiert: Der englische Dampfer Santiago scheiterte in einem heftigen Sturme 50 Seemeilen nördlich von Puerto de Corel. Soviel bekannt ist, wurde nur ein Passagier und ein Offizier gerettet, die übrigen Passagiere und die ganze Mannschaft soll ertrunken sein.

Avignon, 25. Juni. In einem Infanterieregiment kam es gestern zu Ausschreitungen. Der von einer Studienreise zurückkehrende Oberst St. James wurde vor dem Kasernenhof von Zivilisten verhöhnt und dann auf dem Hofe von den Soldaten mit Zischen empfangen, während von draußen versucht wurde, das Tor zu sprengen. Vom Piusplatze, wo militärfeindliche Kundgebungen stattfanden, zog die Menge zur Kaserne. Der Sergeant St. Jullien, an der Spitze einer Abteilung, drohte den Anziehenden mit einem Bajonettangriff. Dem Oberstleutnant Talbiez, einer der populärsten Offiziere der Garnison, gelang es nach längerem Parlamentieren, die Menge zum Abzug zu bringen.

Büchermarkt.

In Freien Stunden. Illustrierte Wochenschrift. Preis des Heftes 10 Pfg. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Heft 24–26. — Außerdem liegt nunmehr der 1. Band des Jahrgangs 1907 gebunden vor. Aus dem Inhalt erwähnen wir: Rebellen, Erzählung von E. Tschirikow, Der Glöckner von Notre-Dame, historischer Roman von Viktor Hugo, St. Peters Regenschirm, Erzählung von K. Mikszath. Daneben bringt ein kleines Feuilleton unterhaltende und belehrende Notizen mannigfacher Art. Geschmackvolle und künstlerische Illustrationen des Malers J. Damberger in München machen den vorliegenden Band, der in gediegenem, haltbaren Einband gebunden ist, zu Geschenkzwecken sehr geeignet. In Leinen gebunden kostet derselbe 3.50 Mk., in Halbfranz 4.— Mk.

Wir empfehlen den Band jedem Liebhaber guter Unterhaltungsliteratur sowie allen Bibliotheken angelegentlichst zur Anschaffung. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen sowie Kolporteure entgegen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunal-Politik und Gemeindesozialismus. — Nummer 25. Herausgeber: Dr. A. Südekum, Berlin. Verlag Buchhandlung Vorwärts (Paul Singer), Berlin.

Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Heft 38. Verlag P. Singer, Stuttgart. Einzelheft 25 Pf.

Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Nr. 13 des 17. Jahrganges. Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Einzelnummer 10 Pf., Jahres-Abonnement 2.60 M. Verlag P. Singer, Stuttgart.

Der Wahre Jacob. Soeben ist die 13. Nummer des 24. Jahrganges erschienen. Alle 14 Tage erscheint eine Nummer. Preis 10 Pfg. Verlag P. Singer in Stuttgart.

Dida Ibsens Geschichte. Eine Finale zum Tagebuch einer Verlorenen. Roman von Margarete Böhme. Verlag: F. Fontane u. Ko., Berlin. Preis brosch. 4.— Mk., geb. 5.— Mk.

Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

An die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine!

Am Sonntag, den **28. Juli d. Js.,** findet der

Kreistag

im **Gasthofe** des Herrn **Reichardt** in **Haynsburg** statt.

Tagesordnung und Zeit des Beginns wird noch bekannt gegeben.

Die Genossen mögen in den nächsten Versammlungen zum Kreistag Stellung nehmen und die Delegierten wählen. Die Zahl derselben schreibt das Statut in § 11 vor. Wünschenswert ist vor allem, daß die Vorsitzenden der Zahlstellen gewählt werden, da diejenigen, die die Beschlüsse ausführen sollen, auch genau darüber informiert sein müssen.

Die Fragebogen zum Bericht sind versandt und müssen spätestens am 1. Juli wieder ausgefüllt in unseren Händen sein. Es soll diesmal laut Beschluß des vorigen Kreistags der Bericht in Broschürenform erscheinen, deshalb ist schnellste Erledigung des Fragebogens unbedingt notwendig. Zur Ausfüllung soll überall eine Vorstandssitzung stattfinden und das Protokollbuch zu Hilfe genommen werden.

Neben dem Hauptfragebogen ist auch noch ein zweiter vom Kassierer auszufüllen. Beide Bogen müssen an den Unterzeichneten zurückgesandt werden.

Die Vorstände sollen dabei auch gleich die Zahl der bestellten Berichte angeben. Jedes Mitglied erhält den Bericht zum Selbstkostenpreise, die Stückzahl muß aber vorher bestellt werden.

Ueber die Reichstagswahl braucht im Fragebogen nichts ausgefüllt zu werden, da darüber schon berichtet ist. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ist genau nach den betreffenden Branchen anzugeben. Die Vorstände der Gewerkschaften werden gern darüber Bescheid geben.

Die Abrechnung muß in jeder Zahlstelle ebenfalls bis zum 30. Juni erfolgen, und alle Reste sollen bis dahin einkassiert werden. Abrechnung und Geld ist bis 1. Juli an den Genossen **Klix, Zeitz, Anestr. 16,** zu senden.

Bei Zurücksendung der Fragebogen mag beachtet werden, daß dieselben richtig frankiert werden, damit nicht Strafporto zu zahlen ist.

Wir ersuchen nochmals um genaueste Beantwortung der Fragen und Zurücksendung der Bogen bis spätestens 1. Juli.

Mit Parteigruß

Zeitz, im Juni 1907. **Der Zentralvorstand.**

J. A.: A. Leopoldt.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopoldt in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070626-19/fragment/page=0008